



29. Sitzung des Gemeinderates (Doppelsitzung)

Datum, Zeit	Montag, 25. Juni 2018, 19:00 Uhr bis 21:40 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Sandro Bertoluzzo (FDP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	36 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Tanja Boesch Patric Crivelli Burkhard Huber Patrick Walder Stadtrat Dominic Müller
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Flavia Sutter: Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne Bruno Eggenberger: Bereich SVP
Weibeldienst	Leopoldo Putorti



Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 28. Sitzung des Gemeinderates vom 7. Mai 2018
3. Interpellation Tanja Walliser (SP/Grüne) und 6 Mitunterzeichnende "Unbefristete Fortführung der Ombudsstelle" / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 218/2017
4. Interpellation Flavia Sutter (SP/Grüne) und 5 Mitunterzeichnende "Höhere Wahlbeteiligung durch Smartvote?" / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 228/2018
5. Wiedererwägung des Gemeinderatsbeschlusses Geschäft Nr. 199/2017 vom 5. März 2018 /
Genehmigung des Bauprojektes und Bewilligung des Baukredites von Fr. 7'290'000.00 für die
Erweiterung der Schulanlage Högler
Genehmigung Geschäft Nr. 199/2017
6. Jahresrechnung 2017 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 249/2018
7. Geschäftsbericht 2017 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 250/2018
8. Bürgerrechtsgesuche
 - 8.1. Iozzi Alessandra, italienische Staatsangehörige / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 221/2017
 - 8.2. Egbon Eric, nigerianischer Staatsangehöriger / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 236/2018
 - 8.3. Enes Ramazan sowie die Kinder Yusuf Baki und Eylül, türkische Staatsangehörige /
Genehmigung
GR Geschäft Nr. 237/2018
 - 8.4. Thaqi Seb, kosovarischer Staatsangehöriger / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 238/2018



8.5. Belourian Gelareh sowie das Kind Sedighi Hana, iranische Staatsangehörige / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 239/2018

8.6. Selch Johann und Pia, sowie die Kinder Anton und Frida, deutsche Staatsangehörige /
Genehmigung
GR Geschäft Nr. 241/2018

1. Mitteilungen

Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Sandro Bertoluzzo (FDP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur 29. Sitzung der Legislaturperiode 2014-2018.

Er orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Für die Sitzung entschuldigt haben sich Tanja Boesch, Patric Crivelli, Burkhard Huber und Patrick Walder sowie Stadtrat Dominic Müller. Thomas Maier wird etwas später eintreffen. Es sind somit zurzeit 35 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Neue Geschäfte seit der letzten Sitzung

Der Stadtrat hat das folgende Geschäft dem Gemeinderat überwiesen:

- Antrag um Genehmigung des Bauprojektes und Bewilligung des Baukredites von Fr. 7'290'000.00 für die Erweiterung der Schulanlage Högler (Wiedererwägung des Gemeinderatsbeschlusses Geschäft Nr. 199/2017 vom 5. März 2018)

Dieses Geschäft wurde in der Zwischenzeit in der GRPK behandelt und ist für diese Gemeinderatssitzung traktandiert.

Folgende Beantwortungen des Stadtrates von politischen Vorstössen sind neu beim Ratsbüro eingegangen:

- Interpellation Tanja Walliser (SP/Grüne) und 6 Mitunterzeichnende „Unbefristete Fortführung der Ombudsstelle“
- Interpellation Flavia Sutter (SP/Grüne) und 5 Mitunterzeichnende „Höhere Wahlbeteiligung durch Smartvote?“

Seit der letzten Sitzung wurde folgender politischer Vorstoss eingereicht:

- Interpellation Angelika Murer Mikolasek "Temporeduktion als kostengünstige Massnahme zur Lärmsanierung"

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Keine



2. **Protokollgenehmigung der 28. Sitzung des Gemeinderates vom 7. Mai 2018**

Zum Protokoll der 28. Sitzung vom 7. Mai 2018 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

3. **Interpellation Tanja Walliser (SP/Grüne) und 6 Mitunterzeichnende "Unbefristete Fortführung der Ombudsstelle" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 218/2017**

Stellungnahme Tanja Walliser (SP/Grüne)

Die Mitunterzeichnenden und ich haben diese Interpellation eingereicht, da wir der Meinung waren, dass es ganz klar sei, dass diese Ombudsstelle eine wichtige Funktion erfülle und diese auch rege genutzt werde. Wir sind auch klar der Meinung, dass es wichtig ist, dass diese Arbeit weitergeführt wird. Ich möchte an dieser Stelle dem Ombudsmann Anton Frauenfelder auch ganz herzlich danken für seine wichtige Arbeit. Ich kann es kurz machen: Wir haben uns dementsprechend über die Antwort des Stadtrates gefreut, die besagt, dass der Stadtrat der Meinung ist, dass man diese Arbeit nach der Versuchsphase weiterführen solle. Es freut uns, dass hier dieser Druck etwas genützt hat. Für uns ist klar, dass dies ein wichtiger Punkt ist, damit sich die Leute weiterhin melden können, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen, sei dies auf dem Sozialamt oder wenn sie sonst Fragen oder Anliegen haben an die Verwaltung. Es ist aber deswegen noch nicht alles einfach gut, gerade beim Sozialamt wünschen wir uns weiterhin, dass dort eine Professionalisierung in Angriff genommen wird. Wir haben gesehen, dass dort weiterhin Personen gesucht werden, die keine Ausbildung in diesem Bereich haben. Wir werden daran bleiben, aber finden es wirklich gut, wenn die Ombudsstelle so weitergeführt wird. Nur noch eine kurze Nachfrage: Es steht in der Antwort, dass noch unklar sei, in welcher Form diese Arbeiten weitergeführt werden. Hierzu würde mich interessieren, ob es in der Zwischenzeit schon genauere Vorstellungen oder Ideen gibt.

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Allgemeine Diskussion

Orlando Wyss (SVP)

Die Ombudsstelle wurde in Zusammenhang mit der Stimmungsmache gegen das Dübendorfer Sozialamt von linker Seite gefordert. Um die Situation zu beruhigen, wurde diese Ombudsstelle eingerichtet. Sie wurde häufig genutzt. Als positiver Aspekt kann man festhalten, dass die Dübendorfer Verwaltung in allen Abteilungen gut funktioniert. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort zur vorliegenden Interpellation, dass die Anfragen nach anfänglicher Nutzung nun in letzter Zeit etwas zurückgegangen seien. Aus diesem Grund erachtet es die SVP nicht als zielführend, eine eigene Ombudsstelle in Dübendorf zu betreiben. Wir können uns eine Lösung vorstellen, nach welcher sich Dübendorf an die kantonale Ombudsstelle anschliesst. Die wenigen Fälle, die in Zukunft anfallen werden, können diesem Gremium überlassen werden. Wir bitten den Stadtrat bei seiner Prüfung der Weiterführung der Ombudsstelle, dies mit zu berücksichtigen.



Hinweis des Gemeinderatspräsidenten Sandro Bertoluzzo (FDP)

Es sind mittlerweile 36 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Patrick Schnider (SP)

Überall wo gearbeitet wird, geschehen Fehler. Dies ist nur menschlich und lässt sich in den meisten Fällen leider nicht verhindern. An sehr vielen Orten ist es auch nicht so tragisch, wenn mal ein kleiner Fehler passiert. Bei gewissen Themen, besonders auch auf dem Sozialamt, wo im Extremfall Existenzen auf dem Spiel stehen können, ist es wichtig, dass man mit Fehlern richtig umgehen kann und diese auch dementsprechend klären kann. In diesem Sinn erachten wir es als sehr wichtig, dass es weiterhin eine Anlaufstelle gibt, für all jene die aus irgendeinem Grund nicht zufrieden sind mit der Behandlung, die sie erfahren haben. Diese Anlaufstelle soll möglichst niederschwellig zugänglich sein. Denn gerade für eine Person, die an einem schwierigen Punkt im Leben steht und vor existenziellen Problemen steht, ist es heute nicht immer ganz einfach gegen diesen – gefühlt übermächtigen Staat, gegen die Verwaltung mit allen Juristen im Hintergrund – so als Einzelperson anzutreten. Deshalb ist es wichtig, dass solche Angebote bestehen, an die sich die Leute wenden können. In welchem Rahmen diese Angebote angeboten werden, ist daher auch gar nicht so wichtig. Der Vorschlag, den wir gehört haben, sich der kantonalen Ombudsstelle anzugliedern, finde ich durchaus eine gute Idee. Trotzdem denke ich ist es wichtig, dass man dieses Thema unterstützt und dem Stadtrat überlässt, wie er es umsetzen will, solange es weiterhin eine Anlaufstelle gibt.

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

4. Interpellation Flavia Sutter (SP/Grüne) und 5 Mitunterzeichnende "Höhere Wahlbeteiligung durch Smartvote?" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 228/2018

Stellungnahme Flavia Sutter (SP/Grüne)

Wenn in einer Gemeinde Wahlen bevorstehen, ist das Onlinetool Smartvote eine nützliche Hilfe. Sie zeigt den Wählerinnen und Wählern auf, welche Kandidierenden eine ähnliche Meinung haben wie sie. Das sähe konkret so aus: Vor den Wahlen klicke ich mich als Wählerin im Internet durch einen Fragebogen. Dort sind verschiedene Fragen aufgelistet, viele betreffen ganz direkt Dübendorf. Zum Beispiel: „Soll die Stadt Dübendorf die familienergänzende Kinderbetreuung stärker unterstützen?“ Ich kann auswählen zwischen Ja, eher ja, eher nein, nein und keine Antwort. So klicke ich mich durch etwa 40 Fragen. Anschliessend bekomme ich eine Wahlempfehlung, es gibt eine Liste von Kandidierenden und eine Liste von Wahllisten. So fällt mir die Wahl leichter. Die Internetplattform wird vom politisch neutralen, nicht gewinnorientierten Verein entwickelt und betrieben.

Im Gemeinderat haben wir 2016 das Postulat der CVP zur Einführung von Easyvote überwiesen. Was ist der Unterschied zwischen Smartvote und Easyvote? Die Stadt verschickt seit 2017 Easyvote-Broschüren an 18-25-jährige zusätzlich zu den üblichen Abstimmungsunterlagen. Komplexe Inhalte sind in den Broschüren verständlich aufbereitet. Easyvote hat das Ziel, die Stimmbeteiligung bei den Jungen zu erhöhen. Es geht aber um Abstimmungen und nicht um Wahlen.

Die Wahlbeteiligung bei den Gesamterneuerungswahlen 2014 in Dübendorf betrug 25%, 2018 waren es 26%, also extrem tief. Ich habe immer das Gefühl, vor den Wahlen wird über nichts Anderes gesprochen als über dieses Thema, alle befassen sich damit und gehen wählen. Und dann ist es nur ein Viertel von allen Stimmberechtigten! Dies sollte uns Politikerinnen und Politiker alarmieren. Da läuft etwas schief, wenn sich so wenige für Politik interessieren. Easyvote ist ein Schritt in die richtige



Richtung: So erreichen wir vielleicht, dass wenigstens bei Abstimmungen mehr Junge an die Urne gehen und vielleicht nehmen diese Jungen dann auch eher an den Wahlen teil. Wäre schön. Aber was ist mit den über 25-Jährigen? Was können wir tun, damit mehr Leute wählen gehen? Smartvote ist ein geeignetes Mittel, um alle internet-affinen Menschen zu motivieren, wählen zu gehen.

Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort auf meine Interpellation, er erachte es nicht als Aufgabe der öffentlichen Hand, Werbung für politische Parteien und deren Mitglieder zu betreiben und dies mit Steuergeldern zu finanzieren. Dies sei Aufgabe der politischen Parteien selbst. Es geht bei Smartvote nicht um Werbung für die Parteien, sondern wie gesagt, um eine Hilfe für die wählende Bevölkerung. Man könnte auch sagen, Smartvote schafft Transparenz, denn die Antworten auf die Fragen, die die Kandidierenden natürlich vorgängig auch beantworten müssen, zeigen klar die Haltung der politischen Personen auf. Die Kosten sind aus meiner Sicht gut vertretbar: 8500 Franken für eine Wahl. Und die Steuerzahler haben direkt etwas davon. Es ist auch vorstellbar, dass die Parteien sich finanziell daran beteiligen und ich meine, dass nicht nur meine Partei ein Interesse daran hat, möglichst viele Leute an die Urne zu bringen.

In Bezug auf die Erneuerungswahlen 2022 möchte ich gerne anregen, dass die Stadtverwaltung nicht einfach selber entscheidet „das brauchen wir nicht“, sondern allermindestens Parteien oder Fraktionen anfragt, ob sie Smartvote wollen und allenfalls auch bereit sind, einen finanziellen Beitrag daran zu leisten. Ich kann mir auch vorstellen, in vier, respektive drei Jahren wieder einen politischen Vorstoss dazu zu machen. Dann werde ich den Vorstoss allerdings rechtzeitig einreichen.

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen

Es ist mir ein Anliegen hier Flavia Sutter kurz eine Antwort zu geben zu ihrer Schlussbemerkung, dass sie es nicht für richtig erachte, wenn die Stadtverwaltung in vier Jahren selber entscheide, ob Smartvote eingeführt werde oder nicht. Ich möchte an dieser Stelle einfach kurz darauf hinweisen, dass diese Antwort hier vom Stadtrat verfasst wurde. In vier Jahren, wenn der Stadtrat, der jetzt sein Amt antritt, die Meinung ändert, wird der Stadtrat dies von sich aus machen. Wenn nicht, dann bitte ich um einen politischen Vorstoss, damit die Meinung hier im Gemeinderat gemacht werden kann und dem Stadtrat ein Auftrag erteilt werden kann. Die Stadtverwaltung selber macht keine politischen Aussagen und trifft keine eigenen Entscheide. Als Stadtschreiber Martin Kunz seinerzeit eine Antwort gegeben hatte, hat er diese zwar erteilt, aber in Rücksprache mit mir.

Allgemeine Diskussion

Patrick Schärli (CVP)

Die CVP-Fraktion unterstützt die grundsätzliche Stossrichtung der Interpellation. Die Steigerung der Stimm- und Wahlbeteiligung in Dübendorf ist unbedingt anzustreben. Die Gesamterneuerungswahlen diesen April haben gezeigt, wie notwendig dieses Anliegen ist. Auch wir haben schon mit Vorstössen und Voten hier im Rat darauf aufmerksam gemacht. Es gilt zudem das politische Interesse auch im digitalen Zeitalter zu fördern. Der unaufhaltsam fortschreitenden Digitalisierung muss auch in der Politik Rechnung getragen werden. Dazu wäre Smartvote ein gutes und interessantes Tool.

Die CVP hat jedoch für die Haltung des Stadtrates Verständnis. Die Finanzierung dieses Tools ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand. Viele Gemeinden haben bei vergangenen Wahlen von diesem Werkzeug profitieren können und so die Wahlbeteiligung gesteigert. Weshalb also nicht auch Dübendorf? Wir rufen daher alle Parteien auf, sich vor den nächsten Wahlen frühzeitig zusammen zu tun, um gemeinsam die Wahlen im digitalen Zeitalter zu gestalten.

Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU)

Auch die glp/GEU-Fraktion findet Smartvote ein sinnvolles Instrument, insbesondere um die Beteiligung der Jungen an den Wahlen zu fördern. Ich möchte mich nicht zu stark wiederholen, es wurde schon vieles gesagt, auch zur Wahlbeteiligung, die wirklich sehr tief war. Ich habe eine Studie der Universität Bern gefunden, diese hat sich zwar nicht speziell auf Dübendorf bezogen, sondern



war genereller und bezog sich auf nationale Wahlen. Die Studie zeigte, dass die tiefe Wahlbeteiligung darauf zurückzuführen war, dass 20% der Befragten angaben, sie seien zu wenig informiert, um überhaupt stimmen zu können, bzw. dass sie schlicht nicht wissen, wen sie wählen sollen. Hierfür wäre Smartvote sicher etwas Gutes, weil die Leute dann besser wissen, wer wirklich ihre Interessen vertritt. Smartvote ist keine Werbeplattform für Parteien und deshalb bin ich auch der Meinung, dass es schon die Aufgabe der Stadt sein kann, die Erhöhung der Wahlbeteiligung zu fördern. Als ich damals bei Smartvote angefragt habe, leider auch etwas spät, hat man mir dann auch angegeben, dass sie direkt die Städte anschreiben und nicht etwa die Parteien. Dies auch weil sie der Meinung sind, dass darüber die Stadt entscheidet. Smartvote ist auch nur möglich, wenn alle Parteien mitmachen. Daher muss es irgendetwas Übergeordnetes sein, das Smartvote einführt, es kann nicht eine einzelne Partei sein. Verschiedene andere Städte bieten dies an und finanzieren es auch. Es sind nicht nur Zürich oder Winterthur, sondern vergleichbar beispielsweise Wetzikon, Bülach, Köniz, Worb, Biel – all diese Städte haben auch Smartvote finanziert. Ich bin der Meinung, dass dies eine Dienstleistung für die Bevölkerung ist und keine Werbeplattform und insofern eigentlich auch nicht die Aufgabe der Parteien ist, dies zu finanzieren, sondern eher für die Stadt. Die gip wäre aber auch offen für einen Vorschlag, gemäss welchem die Beteiligung der Parteien an den Kosten diskutiert würde.

Daniel Burkhardt (SVP)

Die SVP Dübendorf steht wieder einmal hinter der Meinung des Stadtrates Dübendorf. Wir möchten aber noch einmal betonen, dass die politische Werbung wirklich Aufgabe der lokalen Parteien ist. Wir sind dafür zuständig, dass die Leute an die Urne gehen. Dies ist nicht die Aufgabe der Gemeinde. Steuergeld ist für die Bürger da und nicht für die Politik. Wenn überhaupt, wäre wie bereits angesprochen, ein überparteiliches Finanzierungsprojekt anzustreben.

Theo Johner (BDP)

Ich persönlich bin bei diesem Easy- und Smart- und was es da alles gibt eher skeptisch. Auch bei meinen Kollegen ist dies teilweise der Fall. Wenn alles so easy wäre, wieso können wir die Unterlagen denn nicht von Anfang an so kurz machen. Je kürzer, desto mehr Inhalte fehlen. Es gibt ja schon in den offiziellen Unterlagen eine kurze Zusammenfassung und dann gibt es den langen Text. Wer nur die Zusammenfassung liest, weiss einfach nur einen Teil. Und hier ist es gleich, ein Politiker lässt sich nicht auf ein paar wenige Fragen und Antworten reduzieren. Wer wählen geht, sollte sich auch damit auseinandersetzen, wen er wählt. Und dies ist halt einfach wirklich nicht mit ein paar wenigen Fragen und einem Spider-Diagramm, oder wie auch immer dargestellt, machbar.

Orlando Wyss (SVP)

Smartvote ist sicher eine gute Sache, ich habe es auch schon selbst genutzt und muss sagen, es ist eine gute Informationsquelle. Das Problem ist einfach folgendes: Es ist politische Werbung. Nicht politische Werbung für die Parteien, sondern für jene, die mitmachen. Das soll ja auch jedem überlassen werden, ob er mitmachen will oder ob er nicht mitmachen will. Dass die Smartvote-Firma auf die Städte zugeht und nicht auf die Parteien, ist eigentlich klar. Die Städte haben Geld, die Parteien haben kein Geld. Die schieben dies am liebsten an den Staat ab, das ist klar. Jeder kann Smartvote nutzen. Ich bin überzeugt, mit oder ohne Smartvote, wir werden kein einziges Prozent mehr Stimmbeteiligung dadurch haben. Denn es sind immer die politisch Interessierten, die sich die Mühe machen, solche Informationen zu nutzen und die gehen auch stimmen. Die Anderen kann man nicht dafür begeistern. Also nutzt Smartvote, ich finde das gut, aber lässt den Staat weg, es ist eine private Sache. Es ist eine private Werbung für den einzelnen Politiker, aber sicher nicht für die Stadt Dübendorf.

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.



**5. Wiedererwägung des Gemeinderatsbeschlusses Geschäft Nr. 199/2017 vom 5. März 2018 /
Genehmigung des Bauprojektes und Bewilligung des Baukredites von Fr. 7'290'000.00 für die Erweiterung der Schulanlage Högler
Genehmigung Geschäft Nr. 199/2017**

Referat GRPK-Präsidentin Dr. Andrea Kennel

Am 5. März hat der Gemeinderat den Erweiterungsbau auf der Schulanlage Högler mit drei Stockwerken bewilligt. Die Volksabstimmung war auf den 10. Juni 2018 geplant. Am 10. April 2018 hat die Schulpflege zwei Kredite von total rund 5 Millionen Franken für provisorischen Schulraum beim Birchlen und in Gockhausen als gebunden genehmigt.

Der Stadtrat sah die Voraussetzungen für Gebundenheit nicht gegeben und hat diesen Beschluss der Schulpflege beim Bezirksrat angefochten. Der Stadtrat stellte auch fest, dass aus den beiden Kreditbeschlüssen der Primarschulpflege vom 10. April 2018 wesentliche, den Schulraum betreffende Inhalte hervorgehen, die weder dem Gemeinderat bei der Behandlung des "Geschäfts Högler" bekannt waren, noch in der Informationsbroschüre zur Volksabstimmung vom 10. Juni 2018 enthalten gewesen wären. Der Stadtrat sah damit die Abstimmungsfreiheit gefährdet. Die GRPK ihrerseits kam auf dieselbe Schlussfolgerung wie der Stadtrat.

Nun liegt eine leicht überarbeitete Weisung zum Schulhaus Högler vor. Bevor der Gemeinderat aber über die neue Weisung beschliessen kann, muss der Gemeinderat der Wiedererwägung des Beschlusses vom 5. März 2018 zustimmen. Auf die inhaltlichen Änderungen kann dann der Sprecher der UK der GRPK eingehen, falls der Wiedererwägung zugestimmt wird.

Nun werden sich wohl einige im Saal oder auch nicht Anwesende fragen, wo das Problem liegt, dass wir hier alles so kompliziert machen. Es ist doch sonnenklar und nachvollziehbar, dass eine Stadt, die so boomt und wächst, auch mehr Schulraum braucht. Was will denn der Gemeinderat und Stadtrat? Wollen die, dass die Kinder im Wald oder auf der Wiese unterrichtet werden müssen? Nein, sicher nicht. Auch für Schulraum werden Steuergelder benötigt und wenn wir die Zahlen betrachten, sind diese nicht unerheblich. In einer Demokratie gelten die demokratischen Regeln und Abläufe. Das macht es sicher nicht immer einfach und verlangt auch, dass mehrheitsfähige Lösungen erarbeitet werden und diese auch diskutiert werden. Damit man sich eine Meinung bilden kann, ist es immer wichtig, dass die Faktenlage klar ist und alle auf demselben Wissensstand sind.

Genau das wäre beim Erweiterungsbau Högler nicht gegeben gewesen. Im Gemeinderat war der Erweiterungsbau an und für sich nicht umstritten. Umstritten war nur, ob dieser drei oder vier Geschosse umfassen soll. Basierend auf Fakten und den Aussagen der Primarschulpflege hat der Gemeinderat sich sehr knapp für drei Geschosse ausgesprochen.

Wäre nun die Volksabstimmung am 10. Juni 2018 durchgeführt worden, so wäre das gesamte Projekt gefährdet gewesen, denn in der Volksabstimmung wären die Varianten drei oder vier Geschosse nicht zur Wahl gestanden, sondern nur die verabschiedete Variante mit drei Geschossen. Wer die Variante mit vier Geschossen gewollt hätte, hätte nur die Möglichkeit gehabt, das ganze Geschäft bachab zu schicken. Dies wäre sicher nicht das Signal gewesen, das die Leute gerne abgeben möchten.

Mit der überarbeiteten Weisung hat der Gemeinderat die Möglichkeit, die Diskussion und Abstimmung vom 5. März 2018 zu wiederholen. Damit dies möglich wird, bitte ich den Gemeinderat im Namen der GRPK die Wiedererwägung zu unterstützen.

Stellungnahme Mitglieder der GRPK

Keine



Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen

Ich möchte nur ganz kurz seitens Stadtrat Stellung nehmen. Wer die Unterlagen gesehen hat, der konnte feststellen, dass der Antrag für die Wiedererwägung im Beschluss der Schulpflege nicht enthalten war. Deshalb hat der Stadtrat der GRPK die Empfehlung abgegeben, dass sie den Antrag stellen soll, die Wiederwägung zu beschliessen. In diesem Sinne steht der Stadtrat ganz klar hinter diesem Wiederwägungsantrag, weil wir auch der Meinung sind, dass ohne dass man den alten Beschluss in Wiederwägung zieht, kein neuer Beschluss gefällt werden kann.

Allgemeine Diskussion

Patrick Schärli (CVP)

Für die CVP stellt sich bei diesem Geschäft die zentrale Frage, weshalb die letzten drei Schulhausprojekte der Primarschule nicht ohne unschöne Nebengeräusche über die Bühne gegangen sind. Wir orten einen Teil des Problems darin, dass die Primarschulpflege eine Behörde mit selbständiger Verwaltungsbefugnis ist. Ähnlich wie die Sozialbehörde halten sich die selbständigen Behörden in Dübendorf immer wieder nicht an die politischen Spielregeln, dies vor allem im Bereich der Kommunikation. Diese Vorzeichen machen uns Angst, wenn wir zum Beispiel auch an das Grossprojekt «Stägenbuck» denken.

Wir sehen verschiedene Lösungsansätze für dieses Thema. Eine Lösung wäre die Schulliegenschaften in die Immobilien-Abteilung der Stadt zu integrieren, wie dies schon bei anderen Gemeinden der Fall ist. Somit können die Projekte und der Unterhalt der Liegenschaften zentral gesteuert und abgewickelt werden, was nach unserer Meinung zu einer Qualitätssteigerung führen würde. Dadurch könnte sich die Schulpflege auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und die Schule pädagogisch weiterentwickeln. Zudem könnte sich dann die bestehende Einheitsgemeinde auch effektiv eine Einheitsgemeinde nennen.

André Csillaghy (SP)

In der GRPK sind sich alle einig für eine Revision des Projekts mit vier Stockwerken und die Fraktion SP/Grüne sieht ein, dass es eine vernünftige Entscheidung ist. Wir werden deshalb für diese neue Version stimmen. Man könnte sich daranhalten, die Augen schliessen, die Panne vergessen. Leider ist es nicht so einfach. Dieser vierte Stock schafft eine neue Situation und man muss das gesamte Konzept anschauen. Wir sind am 5. März dem Antrag der Mehrheit der GRPK gefolgt und haben uns für die Version mit drei Stockwerken ausgesprochen. Es waren zwei Argumente dafür, die wir hier wieder auf den Tisch bringen, um zu betonen, dass sie immer noch gelten. Die zwei Argumente sind: das Konzept der lokalen, kleineren Schule und die Aussicht auf eine Schule in Hochbord. Zuerst die lokale Schule. Viele Schülerinnen und Schüler müssen heute lange Distanzen zurücklegen, bevor sie ihre Schulzimmer betreten können. Zumutbar, sagt die Schulpflege. Sicher haben auch die Kinder nichts dagegen, die meisten geniessen es sogar. Die Eltern finden es weniger toll und die Politik sollte mehr Weitsicht haben. Unsere Schulwege sind sicher, sagt man uns und es ist zumutbar, dass nicht wenige Kinder zum Beispiel von Zwicky nach Högler pendeln. Die Schulwege in Dübendorf sind nicht sicher genug, sagen wir. Probieren Sie es mal. Ich habe es probiert. Meine Einschätzung ist, dass es ein Kampf ist, kein Spaziergang. Die überdimensionierten Kreuzungen sind für Autos konzipiert. Als Fussgänger wartet man minutenlang auf die Lichtsignale. Gross ist die Versuchung, bei roten Ampeln die Strasse zu überqueren. Auch die Kreuzung mit der Tramlinie ist äusserst gefährlich und trotz Versprechungen noch ungenügend geschützt. Die Sicherheit der Kinder ist der verkehrstechnische Grund, wieso wir lokale Schulen brauchen. Aber es gibt noch einen tieferen Grund, wieso wir für lokale, kleinere Schulen sind. Dieser Grund hat einen abstrakteren Charakter. Eine lokale Schule schafft ein Klima. Es verbindet die Mitglieder eines Quartiers, die dort danach weiterleben. Das zweite Argument ist das neue Schulhaus Zwicky, Hochbord. Mit dem vierten Stock im Högler gibt es zwar mehr Schulraum, das ist exzellent, aber könnte den Eindruck wecken, dass es dann genügend Schulräume in Dübendorf gibt. Das ist leider nicht der Fall. Die Schulräume, die im vierten Stock entstehen werden, sind bereits geplant. Sie werden nun anstatt in Containern in ein normales Gebäude verlegt. Es ist weiterhin unausweichlich, dass in Dübendorf-West, insbesondere

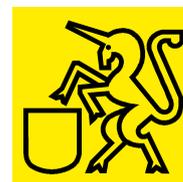


Hochbord und Zwicky, ihre eigene Räumlichkeiten bekommen. Dieses vierte Stockwerk kann also auf keinen Fall die Aussichten für eine weitere Schule ersetzen. Högler kann nicht die Schule von Hochbord und Zwicky sein.

Nun komme ich zu einem weiteren Punkt. Zu viel ist schiefgelaufen. Wie können wir den Weg in die Zukunft ebnen, dass die Planung von Schulräumen nicht immer wieder mehrere Anläufe braucht? Ich hoffe sehr, dass das Unwetter rund um Birchlen und um Högler uns verpflichtet, besser zu kommunizieren. Die Planung rund um die Schulen muss Teamwork sein. Im Moment ist es das nicht. Von der Planung sehen wir im Gemeinderat wenig. Wir sind wieder einmal vor eine Tatsache gestellt, bei welcher wir nur die Lösung wählen können, welche die dringendsten Bedürfnisse abdeckt. Für uns sieht es so aus, dass zuerst die Schulraumfrage gar nicht aufgenommen worden ist und plötzlich reagierte man in aller Eile auf einen Mangel, womit es zu einer Feuerlöschübung kam. Ich frage mich, ob dies ein Fehler des Systems ist? Gewisse Instanzen der Behörden, nicht nur die Schulpflege, betonen stark ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Stadtrat und dem Gemeinderat. Bei diesen Instanzen können wir feststellen, dass vieles hinter der Bühne passiert und geheim bleibt. Die Unabhängigkeitswünsche dieser Instanzen führen dazu, dass sie ein eigenes Leben, ein eigenes Ökosystem aufbauen. Auch wenn die stärksten Parteien in diesen Instanzen vertreten sind, bekommen die Mitglieder einen Maulkorb und dürfen nicht sagen, was los ist. Es ist verständlich, dass es Zuständigkeiten gibt und dass gewisse Sachen nicht öffentlich diskutiert werden müssen. Es ist mir jedoch nicht ganz klar, ob das Geheimhalten von Informationen immer konstruktiv ist. Ich bin überzeugt, dass es bessere, offenere Schnittstellen geben sollte und nicht pauschal alles geheim sein sollte. Man könnte sich andere Organisationsformen vorstellen: Die Instanzen könnten prinzipiell transparent handeln und nur auf explizites Verlangen einzelne Themen geheim halten. Nicht nur würden wir mehr erfahren, sondern auch wissen, wo die heissen Steine sind. Auch wenn es für einige Leute unangenehmer wäre, würde es der Stadt sehr viel bringen, wenn wir Katz-und-Maus Spielchen vermeiden. Ich bin mir sicher, dass solch eine Methode das Container-Fiasko vermieden hätte. Ein erster Schritt in diese Richtung können regelmässige Informationsrunden sein. Wir hatten vor geraumer Zeit Diskussionen mit der Schulpflege begonnen, die dazu hätten führen sollen, eine bessere Informationslage über die Schulplanung zu erhalten. Leider hat sich diese Sache nicht weiterentwickelt und es gab nur ein einziges Treffen. Das ist sehr schade. In dieser angespannten Situation würden wir vorschlagen, dass solche informellen Gespräche unmittelbar wiederaufgenommen werden müssen. Gesprächsthemen könnten wir gut einbringen. Zum Beispiel könnte die Diskussion um die Problematik der Schulraumplanung gleichzeitig mit der anstehenden Schulraumevaluation vorangetrieben und synchronisiert werden. Die Zeit drängt: Das Bauland in den neuen Quartieren verschwindet und die Frage zum Standort beziehungsweise zur Baulandakquisition muss in aller Eile thematisiert werden.

Bruno Fenner (BDP)

Mein Vorredner hat vieles richtig gesagt und ich kann 90% unterstützen. Ja, wo soll ich beginnen? Es ist unglaublich, was da in letzter Zeit alles schief gelaufen ist bei der Primarschulpflege. Ich habe an der Gemeinderatssitzung im März noch von einer leicht überforderten Schulpräsidentin bezüglich Schulhausbauten gesprochen. Heute wissen Sie meine Damen und Herren, dass diese Aussage masslos untertrieben war! Wenn wir gerade bei der Schule sind, würde ich da sagen: Note Ungenügend. Am letzten Samstag hatte ich die Gelegenheit, dieses peinliche Wiedererwägungsgesuch mit einem ausgewiesenen Staatsrechtler zu besprechen. Er bestätigte mir, dass das Wiedererwägungsgesuch auf sehr, sehr dünnem Eis steht. Die Begründung der Wiedererwägung ist natürlich an den Haaren herbeigezogen und die heisst in diesem Fall, ich zitiere aus den Erwägungen: «Im vorliegenden Fall hat sich mit den beiden Kreditbeschlüssen der Primarschulpflege vom 10. April 2018 bzw. mit den darin enthaltenen den Schulraum betreffenden Informationen (sprich die unglaublichen gebundenen Kosten), die dem Gemeinderat bei der erstmaligen Behandlung des Erweiterungsbaus Högler nicht bekannt waren, ein neuer Sachverhalt ergeben. Dadurch sind die diesbezüglichen Voraussetzungen für ein Wiedererwägungsgesuch an den Gemeinderat hinsichtlich seines Beschlusses vom 5. März 2018 gegeben». Von wegen



Informationen, die uns nicht bekannt gewesen sind. Meine Damen und Herren, Hand aufs Herz. Jede und jeder in diesem Saal wusste, dass wir nach dem Debakel bezüglich Schulhaus Birchlen nicht um Provisorien herumkommen werden. Dass diese dann aber auch noch als gebundene Kosten verkauft werden, hat mich ein weiteres Mal entsetzt. Selbst in der Diskussion bezüglich Neubau Högler wurde unter anderem von Paul Steiner eine Aussage der Primarschulpflege nochmals ausdrücklich zitiert: «Auch die Erstellung von Containern zur Entlastung des Schulhauses Birchlen kann mit einem vierten Stock nicht verhindert werden». Das war alles bereits bekannt und wurde in verschiedenen Voten ausdiskutiert und trotzdem hat der Gemeinderat den vierten Stock abgelehnt. Das ist Demokratie und die gilt es zu leben. Einmal ist man bei den Gewinnern und das andere Mal halt bei den Verlierern. Aber was wir hier veranstalten, ist nichts anderes, als das Recht zu biegen. Ja, der Vertrauensverlust in die Primarschulpflege ist sehr gross und es wird nach meiner Erfahrung einige Zeit brauchen, bis das Vertrauen wieder einigermaßen hergestellt ist. Es ist offensichtlich, dass die Primarschulpflege ein gröberes Führungsproblem hat. Anders ist es nicht zu erklären, dass die gleich zusammengesetzte Schulpflege unter Edith Jöhr noch tadellos und gut funktionierte und ein hart erarbeitetes Vertrauen genoss. Ich hoffe, dass sich Susanne Hänni nach diesem Debakel so ihre Gedanken macht.

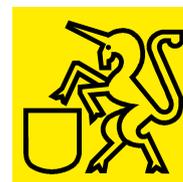
Aber lassen sie uns vorwärtsschauen. Was wollen wir? Und da sind wir uns doch hoffentlich alle einig. Wir müssen und wollen unseren Kindern Rahmenbedingungen schaffen, damit sie in kurzen Schulwegen ihre Quartierschule besuchen können. Vermeiden Sie in Zukunft unnötige Provisorien und planen Sie weitsichtig. Nur so können wir einer guten Schule gerecht werden. Ich bin der Letzte, der wegen einem zusätzlichen Stock nochmals das Ganze verzögern möchte. Von mir aus können Sie noch einen fünften oder sechsten Stock beantragen, das ist mir so was von egal. Wichtig ist, dass endlich und ohne Verzögerung gebaut wird. Die BDP wird der Wiedererwägung mit knurren zustimmen und den Baukredit von Fr. 7'290'000 genehmigen.

Ratspräsident Sandro Bertoluzzo (FDP) ermahnt die Gemeinderatsmitglieder, in ihren Voten den parlamentarischen Anstand zu wahren und auf persönliche Angriffe zu verzichten.

Stefanie Huber (glp/GEU)

Da wir dem Wiedererwägungsantrag folgen, den Andrea Kennel vorgestellt hat, habe ich gar kein Votum vorbereitet, aber die Diskussion zwingt mich dazu. Ich nehme es vorweg, wir unterstützen den Kredit, aus unserer Sicht ist es ganz klar die beste Lösung für alle. Auch wenn wir vielleicht mit der Gesamtprimarschulpflege in den letzten Jahren nicht immer einer Meinung waren, über das "Wie" und die Kommunikation, ist es wichtig, dass der Schulraum dann bereitsteht, wenn ihn die Schulen brauchen. Daher ist es notwendig, dass wir heute – mit Knurren oder nicht – dem Ganzen zustimmen. Wir wussten damals, dass Provisorien notwendig werden, aber die Frage ist immer noch des "Wie" und des "Wo". Die GEU/glp ist dankbar, dass wir für diese Diskussion in der Zukunft eine bessere Basis legen können und das Ganze vielleicht auch gemeinsam diskutiert werden kann, damit es keine Rückweisungen oder Wiedererwägungen braucht, wie dies bisher der Fall war. Ich muss gestehen, der Vorredner hat mich ziemlich in Rage gebracht, ich danke auch dem Ratspräsidenten für das Eingreifen diesbezüglich. Die Schulpflegepräsidentin ist Vertreterin einer Gesamtschulpflege und ich denke mit dieser müssen wir den Kontakt suchen. Und ich glaube, wir alle hier im Saal sind der Meinung, dass wir hier einen Weg finden müssen, um die nächsten Jahre gut zusammenarbeiten zu können.

Dann die nächste Aussage, einerseits müsse man akzeptieren, wenn man mal in der Demokratie verliere und dann im nächsten Satz zu sagen, es sei egal wie man nun weiterfahre, ob man noch einen Stock mehr mache oder nicht, finde ich ein lustiges Verständnis der Demokratie. Aber dies ist die Sache jedes Einzelnen, wie er dies ansehen will. An dieser Stelle auch noch ein Hinweis zum Thema Gebundenheit, wir haben derzeit im Rat eine Interpellation hängig genau zu diesem Thema. Wir als GEU/glp unterstützen diese Diskussion, dass man sich darüber unterhält, was wirklich als



gebunden deklariert sein soll oder nicht, denn einen gewissen Spielraum gibt es. Daher soll diese Diskussion dann auch für die nächste Legislatur eine gute Basis liefern. Wir danken Ihnen für die Unterstützung der Wiedererwägung und sind froh, wenn wir dieses Schulprojekt jetzt gut auf den Weg bringen.

Reto Steiner (SVP)

Wenn es mich nicht täuscht, stand ich an der Sitzung vom 5. März auch hier vorne und war gemeinsam mit meiner Partei einer der wenigen, die für den 4. Stock geworben haben. Hätte man damals schon auf die SVP gehört und den 4. Stock bewilligt, hätte man die Abstimmung am 10. Juni durchführen können und müsste kein Wiedererwägungsgesuch machen und die Primarschule könnte mit der Bauplanung beginnen. Ich hoffe, oder wünsche mir für alle, dass es das letzte Mal ist, dass ich hier am Mikrophon stehe, denn es ist heute meine letzte Sitzung. Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, aber jetzt konnte ich nicht auf meinen Mund sitzen. Ich hoffe, dass der Gemeinderat in Zukunft etwas weitsichtiger politisiert, nicht nur bis zur eigenen Nasenspitze und für die eigenen Parteiinteressen, sondern für das Wohl von Dübendorf und für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Abstimmung

Dem Wiedererwägungsantrag der GRPK zum Gemeinderatsbeschlusses Nr. 199/2017 vom 5. März 2018 über die Genehmigung des Bauprojektes und Bewilligung des Baukredites von Fr. 5'885'000.00 für die Erweiterung der Schulanlage Högler wird mit 34 zu 0 Stimmen zugestimmt.

Beschluss

1. Der Gemeinderatsbeschluss Nr. 199/2017 vom 5. März 2018 über die Genehmigung des Bauprojektes und Bewilligung des Baukredites von Fr. 5'885'000.00 für die Erweiterung der Schulanlage Högler wird in Wiedererwägung gezogen.
2. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

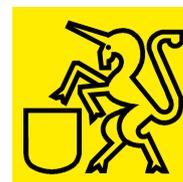
Genehmigung des Bauprojektes und Bewilligung des Baukredites von Fr. 7'290'000.00 für die Erweiterung der Schulanlage Högler Genehmigung Geschäft Nr. 199/2017

Referat GRPK-Sprecher Hanspeter Schmid

Als Vertreter der GRPK stelle ich Ihnen das Geschäft «Verabschiedung eines Baukredites von Fr. 7'290'000.- für die Erweiterung der Schulanlage Högler» vor.

Am 5. März 2018 genehmigten wir das Bauprojekt mit drei Stockwerken von Fr. 5'885'000.00. Den Grund, dass dieses Geschäft nun nochmals in den Gemeinderat kommt, hat die GRPK-Präsidentin bereits erläutert und Sie haben als Gemeinderat der Wiedererwägung zugestimmt. Die Schulpflege beantragt neu die Erweiterung Schulanlage Högler mit einem 4. Stockwerk auszustatten. Aufgrund der veränderten Ausgangslage hat die GRPK dieses Geschäft nochmals beurteilt. Ausser dem zusätzlichen 4. Geschoss werden gegenüber dem vom Gemeinderat am 5. März 2018 genehmigten Projekt keine weiteren Anpassungen vorgenommen.

Ich fasse das Projekt nochmals kurz zusammen. Die Schulanlage Högler wurde 1970 erbaut und vor rund vierzehn Jahren umfassend instandgesetzt. Eine zusätzliche Erweiterung der Schulanlage wurde zu diesem Zeitpunkt aufgrund des mangelnden Bedarfs nicht in Betracht gezogen.



In den beiden Unterrichtstrakten A und B werden aktuell zwölf Primarklassen unterrichtet. Im Erdgeschoss des Traktes B befindet sich zudem ein integrierter Kindergarten, welcher zwei Klassenzimmer belegt.

Am westlichen Rand der Schulanlage liegt das freistehende Gebäude «Wasserfurren» mit einem Doppelkindergarten im Erdgeschoss und Räumlichkeiten für die schulergänzenden Angebote inklusive Produktionsküche im Obergeschoss.

Die bestehenden Kindergartenabteilungen im Gebäude «Wasserfurren» und der Kindergarten im Schulhaus-Trakt B sollen neu im Erweiterungsbau Platz finden. Diese Raumrochade gibt den nötigen Platz für Schulklassen innerhalb des Schulhauses frei und das Gebäude «Wasserfurren» steht nach dem Umzug dem Betreuungsangebot mit Mittagstisch zur Verfügung. Gleichzeitig soll für die Kindergartenabteilungen ein eigener Aussenraum beim Ergänzungsbau geschaffen werden. Als Grundfläche wird von einem Grundriss mit zwei gegenüberliegenden Kindergartenklassen ausgegangen. Die Ausgestaltung der Grundrisse basiert auf der Modularität. Diese lässt verschiedene Möglichkeiten und nachträgliche Umbauten und Umnutzungen zu. Der Erweiterungsbau ist so flexibel nutzbar und kann mit wenig Aufwand an künftige Bedürfnisse angepasst werden. Kindergartenräume können bei Bedarf beispielsweise zu Primarschulräumen und später wieder zu Kindergartenräumen werden. Die Grundrisse sind gestalterisch für die Primärnutzung als Kindergarten ausgearbeitet.

Die Beschaffung von zusätzlichem Schulraum in Dübendorf ist von grösster Dringlichkeit. Es soll weiterhin vorrangig sein, im Interesse Aller, schnell gute Lösungen zu finden.

Im Antrag des Stadtrates vom 31. Mai 2018 wird die GRPK / der Gemeinderat aufgefordert, Stellung zum 4. Punkt des Beschlusses zu nehmen. Die GRPK empfiehlt dem Stadtrat, falls er diesen Punkt Investitionsplanung in die Weisung aufnehmen möchte, dann soll er korrekt wiedergegeben werden.

Aufgrund der veränderten Ausgangslage kam die GRPK einstimmig zum Schluss, dass ein 4. Stock beim Projekt «Erweiterung der Schulanlage Högler» zwingend notwendig ist. Dabei möchten wir nochmals betonen, dass es sich um ein sinnvolles und gut geplantes Gesamtprojekt handelt, welches aus folgenden Gründen gutgeheissen werden muss:

- Das architektonische Konzept mit dem Modulholzbau und dem flexiblen Umbau von Kindergartenklassen zu Schulklassenzimmern und umgekehrt, überzeugt.
- Für die GRPK ist die Erweiterung der Schulanlage Högler aufgrund der neuen Ausgangslage mit einem 4. Stock unbestritten.

Stellungnahme Mitglieder der GRPK

Keine

Stellungnahme Stadtrat / Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU)

Der Stadtrat unterstützt, wie Stadtpräsident Lothar Ziörjen zuvor ausgeführt hatte, den Antrag selbstverständlich. Ich möchte mich hier vor allem im Namen der Primarschulpflege beim Stadtrat und der GRPK und allen Beteiligten ganz herzlich bedanken, dass dieses Geschäft so speditiv bearbeitet werden konnte und für die Unterstützung sowie für die Anerkennung, dass der Schulraum benötigt wird. Zu den anderen Voten hat die Primarschulpflege ausführlich Stellung bezogen.

Allgemeine Diskussion

Theo Johner (BDP)

Die BDP-EVP-Fraktion hat das letzte Mal den Antrag der Schulpflege, wie er dann präsentiert wurde, unterstützt. Die Fraktion hatte also gegen einen vierten Stock gestimmt, da die Schulpflege mehrfach versichert hatte, dass der vierte Stock nicht benötigt werde. Mittlerweile schlägt die Schulpflege vor,



den vierten Stock zu bauen. Was wir am allerwenigsten wollen, ist eine weitere Verzögerung dieses Geschäftes und werden deshalb dem vierten Stock zustimmen.

Abstimmung

Dem Bauprojekt und dem Baukredit von Fr. 7'290'000.00, für die Erweiterung der Schulanlage Högler, wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto 1217.5030.IR00044, mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt.

Beschluss

1. Dem Bauprojekt und dem Baukredit von Fr. 7'290'000.00, für die Erweiterung der Schulanlage Högler, wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto 1217.5030.IR00044, zugestimmt.
2. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die Kosten, die durch die Veränderung des Baukostenindex zwischen der Preisbasis des Kostenvoranschlages (Mai 2017) und der Ausführung entstehen.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug der Urnenabstimmung.

6. Jahresrechnung 2017 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 249/2018

Stellungnahme GRPK-Präsidentin Dr. Andrea Kennel

Die Rechnung 2017 der Stadt Dübendorf schliesst mit einem Ertragsüberschuss von etwas mehr als 11 Millionen ab. Dies bei einem budgetierten Aufwandüberschuss von ca. 13 Millionen. Der Unterschied von 11 zu 13 Millionen erscheint nicht so gross, doch es kommt das Vorzeichen dazu. Es sind also 24 Millionen Differenz.

Nettoergebnisse

Vergleichen wir die Nettoergebnisse, so fällt auf, dass immer zu konservativ budgetiert wird. Eine so grosse Abweichung wie im 2017 hatten wir die letzten Jahre nie.

Steuern

Wenn wir nur die Steuern betrachten, so sehen wir, dass diese vor allem für die Abweichungen zuständig sind. Offensichtlich lassen sich diese nur schwer budgetieren. Wenn man weiter ins Detail geht, so wird dies noch offensichtlicher, denn grosse Abweichungen haben wir normalerweise bei den Steuern von Vorjahren, die stark schwanken.

Sicher ist gut, dass die Abweichung das richtige Vorzeichen hat. Dübendorf weist unterdessen ein Eigenkapital von 99.9 Millionen aus. Ob diese konservative Budgetierung und das hohe Eigenkapital sinnvoll ist, überlasse ich der politischen Würdigung durch die Parteien.

Wie jedes Jahr hat die GRPK aber nicht nur das Nettoergebnis geprüft. Wie immer haben wir die Rechnung inhaltlich im Detail geprüft.

Bei Abweichungen zum Budget muss sichergestellt werden, dass diese nachvollziehbar sind. Bei anderen Konten können Tendenzen im Positiven oder Negativen erkannt werden, die hinterfragt werden. Das ergab auch dieses Jahr diverse Fragen der GRPK, die nachvollziehbar beantwortet wurden.



Gesamtergebnis

Gehen wir etwas in die Tiefe und schauen wir, wie dieses Gesamtergebnis zustande kommt. Der Gesamtaufwand ist etwas höher als budgetiert ausgefallen. Wenn wir beim Aufwand wieder schauen, wie sich dieser zusammensetzt, so sehen wir, dass sowohl Personal als auch Sachaufwand etwas tiefer als budgetiert sind. Der Mehraufwand ist bei der Entschädigung an andere Gemeinden zu finden. Und da interessiert natürlich, woher diese doch grössere Abweichung kommt. Also machen wir eine Datenanalyse und schauen ein paar Details zum Konto 352 an. Die grossen Unterschiede sind in den zwei Positionen zu finden, die mit Beiträge an ORS beschriftet sind. So frage ich, wer kennt die Gemeinde, die ORS heisst? Ja, es wurde auf das falsche Konto gebucht. Somit sind die grössten Differenzen bei den Einnahmen und Ausgaben identifiziert.

Technische Prüfung

Bevor ich auf ein paar Details eingehe, die wir hinterfragt haben, komme ich zur technischen Prüfung. Die technische Prüfung wurde dieses Jahr zum dritten Mal von der Firma revipro durchgeführt. Diese Prüfung ist eine finanztechnische Prüfung. Dabei wird geprüft, dass die Rechnung keine falschen Angaben enthält und den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Auch dieses Jahr gab es neun Hinweise, was überrascht. Was die Hinweise genau bedeuten, wurde uns von der Finanzverwaltung erläutert. Die GRPK stuft alle Hinweise als unkritisch ein.

Im Vergleich zum Umfang der Rechnung zeigen wohl die Hinweise, dass die Revision sauber gearbeitet hat und die Rechnung 2017 der Stadt Dübendorf sauber geführt wurde. Die Revisionsstelle empfiehlt entsprechend die Rechnung 2017 zur Abnahme.

Inhaltliche Prüfung

Wie üblich hat sich die GRPK verschiedene Bereiche und Konten etwas genauer angeschaut und hinterfragt. Daraus ergaben sich folgende Schwerpunkte:

Kreditkontrolle / Kostenkontrolle

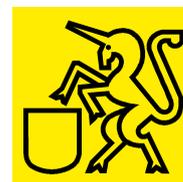
Beim Lindenplatz und Bahnhof Süd wurde der gebundene Kredit deutlich überschritten, was aber erst bei der Bauabrechnung ersichtlich wurde. In Zukunft soll bei Projekten die Kostenkontrolle als Standard auf der Traktandenliste aufgelistet sein. Die GRPK begrüsst dies und erwartet, dass damit die Kostenkontrolle besser funktioniert und allfällige Nachtragskredite rechtzeitig bewilligt werden.

Behörden mit selbständiger Verwaltungsbefugnis

Die GRPK stellt fest, dass die Antworten zur Rechnung im Allgemeinen gut und verständlich sind mit der Ausnahme der Behörden mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen. Auf der Folie haben wir gesehen, dass die Überschreitung von 100% respektive 400% mit folgendem Satz begründet wird: „Annahme anhand Rechnung Vorjahr, laufend steigende Fallzahlen“.

Nach zweifachem Nachfragen haben wir hier die Budgetgrundlagen erhalten in Form von Zahlen der Vorjahre. Die Fallzahlen selber haben wir nicht erhalten. Weiter haben wir gefragt, wie die Leistung der ORS kontrolliert wird. Die Kosten werden quartalsweise in Rechnung gestellt und vom Kanton geprüft. Die ORS hat aber mit Dübendorf einen Vertrag, dessen Einhaltung muss entsprechend von Dübendorf geprüft werden.

Ein anderes Beispiel ist Konto 1621 und 1622 Pflegefinanzierung Alters- und Pflegeheim und Pflegefinanzierung Spitex. Beide Konten zusammen ergeben eine Budgetüberschreitung von 1.85 Millionen. Begründet wird diese Abweichung mit Vorgaben vom Kanton und der BESA-Stufe. Auf zweimaliges Fragen haben wir nach der zweiten Fragerunde die Tarifvorgaben der letzten fünf Jahre erhalten. Leider aber nicht in Form einer übersichtlichen Liste, sondern als einzelne Dokumente. Daher habe ich mir die Mühe gemacht, diese in einer Liste zusammen zu fassen. Dabei konnte ich feststellen, dass die Kosten der BESA-Stufen von 2016 auf 2017 um ca. 4% gestiegen sind. Die Budgetabweichung ist aber um ein vielfaches grösser. Hier fehlt mir die Transparenz.



Die GRPK erwartet, dass auch im Sozialbereich die Budgetgrundlagen besser nachvollziehbar sind. Es darf nicht sein, dass auf Konto 1600.3180 Dienstleistung Dritter Fr. 8'000 budgetiert und Fr. 355'000 ausgegeben wird. Wenn wir sehen, dass im Jahre 2016 auf diesem Konto Fr. 309'000 angefallen sind, kann die massive Budgetüberschreitung keine Überraschung sein. Für das nächste Budget muss auch bei den kritisierten Konten klar aufgezeigt werden, auf welcher Basis budgetiert wird.

Verlagerung Kanton zu Gemeinden

Bei Konto 1682 (Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe, Schweizer) wurde uns erklärt, dass neu nicht mehr der Heimatkanton, sondern die Wohngemeinden die Kosten übernehmen müssen. Das bedeutet, dass hier Kosten vom Kanton an die Gemeinden überwält werden.

Parkplatzbewirtschaftung

Bei Konto 1407.4370 Bussenertrag wurde nach den Kontrollen der Parkplatzbewirtschaftung gefragt. Im Gespräch mit der Delegation des Stadtrates hat sich gezeigt, dass nicht auf allen Grundstücken der Stadt dieselbe Regelung bezüglich Parkplatzgebühren besteht, insbesondere bei den Schulhäusern. Bei der Einführung der Parkplatzverordnung wurde dies aber explizit verlangt. Hier besteht noch ein Nachholbedarf und entsprechende Kommunikation.

Verlustscheine

Die Stadt verwaltet Verlustscheine von Schulden über Fr. 27 Millionen. Die Verlustscheine von Steuerschulden machen davon ca. Fr. 17 Millionen aus. Diese müssen von der Stadt verwaltet und bewirtschaftet werden. Die anderen Verlustscheine könnten aber extern bewirtschaftet werden. Hier wäre es sinnvoll, die Kosten und den Nutzen einer externen Bewirtschaftung zu prüfen.

Vereinsunterstützung

Es ist wichtig und gut, dass die Stadt Vereine unterstützt. Doch ist nicht immer klar und transparent, nach welchen Kriterien Vereine unterstützt werden. Erschwerend kommt dazu, dass Vereine je länger je mehr Probleme haben, engagierte Menschen für ihren Vorstand zu finden. So hat die Stadt wechselnde Ansprechpersonen und damit nicht immer zuverlässige Aussagen. Die GRPK begrüsst es, wenn der Stadtrat das Thema Vereinsunterstützung ganzheitlich anpackt.

Dienstleistungen Dritter

Ja, bei diesem Thema kann man sagen: «Alle Jahre wieder». Hier kommt dieses Jahr aber klar ein anderer Kommentar. Hier kommt ein grosser Dank an die Verwaltung. Wir haben ein Excel erhalten mit diversen gut verständlichen Übersichten über die Kosten der Dienstleistung Dritter. So ist schnell ersichtlich, dass im Bereich Primarschule und Tiefbau deutlich weniger ausgegeben wurde, dafür im Bereich Soziales das Konto massiv überschritten wurde. Diese Transparenz ist sehr hilfreich und informativ.

Schlussbemerkungen

Ich komme zur Schlussbemerkung. Die GRPK hat weitere Punkte geprüft und hinterfragt. Die Antworten auf unsere Fragen waren mehrheitlich aussagekräftig und verständlich. Wenn bei der schriftlichen Beantwortung der Fragen der GRPK noch Anschlussfragen kommen, so werden diese im Gespräch mit dem Stadtrat geklärt. Dies war auch dieses Jahr der Fall. Doch leider hat die GRPK die zusätzlichen Unterlagen, die dabei verlangt wurden, erst nach der Sitzung und damit nach der Rechnungsabnahme erhalten. Diese Situation ist unbefriedigend. Die Verwaltung erarbeitet Unterlagen, die dann nicht rechtzeitig verfügbar sind. Das verursacht unnötige Arbeit. Für eine seriöse Prüfung der Rechnung ist Transparenz wichtig und hier besteht ein Optimierungspotential. Die nötige Transparenz war aber nur in wenigen Punkten knapp und das Gespräch mit der Delegation des Stadtrates war offen und informativ. Durch die Fragen und deren Beantwortung



konnte sich die GRPK ein gutes Bild über diverse wichtige Details verschaffen. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Verwaltung war wie immer sehr gut, wofür sich die GRPK gerne bedankt. Die GRPK stellt fest, dass die Rechnung 2017 der Stadt Dübendorf gut geführt worden ist. Wie auch schon in den letzten Jahren können wir feststellen, dass die Mittel der Steuerzahler sorgfältig und zielgerichtet eingesetzt worden sind.

Antrag

Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig:

1. Die Jahresrechnung 2017 der Politischen Gemeinde Dübendorf zu genehmigen.
2. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 11'086'227.83 wird – gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich vom 10. Oktober 1984 – dem Eigenkapital hinzugefügt.
3. Zinssatz für interne Verrechnungen

Guthaben	0.00%
Schuld	2.65 %

Ich bitte den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.

Stellungnahme Mitglieder der GRPK

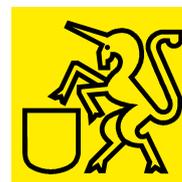
Keine

Stellungnahme Stadtrat / Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Zuerst zu den guten Finanzen und Steuern: Ich möchte darauf hinweisen, dass der Finanzierungsüberschuss im letzten Jahr lediglich noch 2.7 Millionen betragen hat, trotz des extrem guten Steuerjahres. Wir hatten extrem hohe Investitionen 2017 von rekordverdächtigen 27 Millionen. Das wird voraussichtlich nicht bald wieder 1:1 so wiederholt. Und trotzdem, wenn man sieht, welche Investitionen anstehen, wird es in Zukunft das eine oder andere Mal vorkommen, dass wir auch Finanzierungsunterschüsse haben werden.

Steuern

Die GRPK-Präsidentin hat es gesagt, es sind vor allem Steuern des Vorjahres – teilweise Einzelereignisse – die hier zu Buche schlagen. Dies sind Ereignisse, an denen man sich freut, aber die kann man nicht jedes Jahr so sehen. Das Jahr 2017 war ein sensationelles Jahr auf der Ertragsseite und da der Aufwand, abgesehen von den Investitionen, ebenfalls gut im Rahmen blieb, ist das Resultat entsprechend positiv. Dass die Stadt Dübendorf schuldenfrei ist, habe ich bereits im letzten Budget gesagt. Beziehungsweise heute stehen wir sogar besser als schuldenfrei da. Dies ist mit ein Grund, weshalb Ihnen der Stadtrat damals eine Steuersenkung von 5% beantragt hatte. Dabei hatte er auch klar deklariert, dass 3% eine Art Dividende aus diesem Rechnungsjahr 2017 sind, da damals bereits die Information auf dem Tisch lag, dass dieses sehr gut ausfallen wird. So dass man eigentlich die rund 2.5 Millionen als Dividende bzw. Steuersenkung auszahlt und in rund drei bis vier Jahren aus diesem Überschuss des Jahres 2017 zurückgeben kann. Es ist genau das, was man in einem solchen Fall macht. Wir hatten ein ausserordentliches Jahr, wir haben keine Schulden mehr, so dass man dies dem Steuerzahler zumindest teilweise zurückgeben kann. Dies auch wenn sehr,



sehr hohe Investitionen anstehen, von denen dann die eine oder andere möglicherweise eine Steuerfussanpassung notwendig macht.

ORS

Zu den Details: Die falsche Buchung bei der ORS werden wir sicher genau ansehen. Was wir auf jeden Fall ebenfalls genau ansehen müssen, sind die absoluten Zahlen hierzu. Dort soll ein Controlling gemacht werden, wie die GRPK dies festgestellt hat. Denn dort war tatsächlich eine ziemliche Abweichung. Natürlich haben die Fallzahlen zugenommen, aber wenn wir hören, dass hier nicht nur der Kanton prüfen soll, sondern wir selber auch in der Pflicht sind, ist hier sicher noch ein Augenmerk darauf zu legen.

Kreditkontrolle / Kostenkontrolle

Gleiches gilt für die Bauvorhaben beim Lindenplatz / Bahnhof Süd, die Rückmeldung nehmen wir entgegen. Es ist nicht alles optimal gelaufen. Bei den Grossprojekten im Hoch- und Tiefbau soll eine bessere Kostenkontrolle durch den Stadtrat durchgeführt werden. Wie dies der Stadtrat genau abwickelt, muss noch geprüft werden. Es kann sicher nicht an jeder Stadtratssitzung traktandiert werden. Aber es soll eine Kostenkontrolle vorliegen, die zumindest dem Ressort sehr klar ist. Damit auch rechtzeitig die Information zum Stadtrat gelangen würde, wenn sich abzeichnet, dass ein Kredit nicht eingehalten werden kann.

Pflegefinanzierung

Hier möchte ich das Alters- und Pflegezentrum etwas in Schutz nehmen. Es gibt dort zwar eine Abweichung, die relativ markant ist. Wenn man jedoch in die Details geht, sieht man, dass die Pflegefinanzierung im ASZ mit Fr. 2.95 Millionen budgetiert war und mit Fr. 2.90 Millionen abgeschlossen hat. Also dort fand eine Punktlandung statt. Wir haben hingegen noch übrige Pflegeheime, die im Kanton sind und wir daran zahlen. Dort gibt es tatsächlich eine Abweichung, statt Fr. 1.12 Millionen die budgetiert waren, hatten wir Ausgaben von Fr. 2.45 Millionen, faktisch eine Verdoppelung. Auch dort werden wir zukünftig ein Auge darauf halten müssen, da die GRPK hierzu mit den Antworten des Stadtrates nicht zufrieden war. Dies ist uns natürlich nicht recht und wir wollen dafür sorgen, dass wir hier zukünftig klarere Antworten geben können.

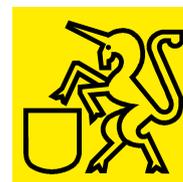
Parkplatzbewirtschaftung

Der Stadtrat nimmt selbstverständlich entgegen, was die GRPK sagt und der Gemeinderat beschlossen hat mit der monetären Bewirtschaftung. Dies werden wir jedoch nicht ganz selbst entscheiden können, denn es betrifft die Primarschulpflege und es wurde heute bereits erwähnt, aber ich möchte es auch noch einmal betonen: Wir haben zwei Behörden mit selbständiger Verwaltungsbefugnis, bei denen der Stadtrat nur sehr indirekt Einfluss hat. Ich bin auch der Meinung, wir müssen als Stadtrat den Kontakt zu beiden Behörden besser pflegen, damit man Signale, sei es bei den Schulhausbauten oder eben dem Thema hier, früher erkennt und sagen kann, was Sache ist, und dass dann der Gemeinderat transparent informiert werden kann, wenn allfällige Entscheide fallen.

Verlustscheine

Die Prüfung der externen Schuldscheinbewirtschaftung nehmen wir gerne als Hinweis entgegen. Wir werden selbstverständlich prüfen, ob dies eine Variante wäre. Auch den Hinweis zur Vereinsunterstützung nehmen wir gerne auf.

Wir müssen auch das Thema der Anschlussfragen und insbesondere der Dokumente, die wir dazu abgeben, noch einmal im Stadtrat und mit der GRPK anschauen. Wir haben jetzt zweimal verstanden, hier besteht eine unbefriedigende Situation. Die Situation ist auch für den Stadtrat unbefriedigend, wenn wir an die Sitzung kommen und anhand der Nachfragen feststellen, dass wir die Frage gar nicht korrekt verstanden hatten. Hier wollen wir die Dienstleistung ganz klar noch verbessern.



Ich möchte zum Schluss auch zum Dank übergehen. Ich möchte der GRPK für die umfassende und umsichtige Prüfung der Rechnung danken, auch für die kritischen Fragen und die gute Zusammenarbeit. Ganz besonders möchte ich mich bei der Präsidentin bedanken, die heute ihre letzte Sitzung in dieser Funktion und auch im Rat hat. Ich möchte dir Andrea, ganz herzlich für diese vierjährige, sehr intensive Zusammenarbeit danken. Die Zusammenarbeit war immer sehr angenehm, natürlich sehr kritisch, aber das ist ja auch der Job der GRPK. Dann wünsche ich mir natürlich auch, dass der Gemeinderat jetzt der Empfehlung der GRPK folgt und der Rechnung zustimmt.

Diskussion

Patrick Schärli (CVP)

Die Jahresrechnung 2017 schliesst mit einem grossen Überschuss, welcher eine enorme Abweichung zum Budget darstellt. Im Grunde wurde somit das Ziel nicht erreicht. Ein Budget sollte immer möglichst genau die Realität abbilden. Das ist dem Finanzvorstand dieses Mal nicht gelungen. Trotzdem freut sich die CVP natürlich an einem so guten Ergebnis in der Jahresrechnung. Der Überschuss basiert zur Hauptsache auf ausserordentlichen Steuererträgen, die sich in der Budgetdebatte 2018 bereits abzeichnete. Die Richtigkeit der daraus hervorgehenden Steuersenkung wird nun mit dem sehr guten Ergebnis 2017 bestätigt.

Es ist auch erkennbar, dass neben den ausserordentlichen Erträgen, die Verwaltung einen sorgfältigen Umgang mit dem Budget gepflegt hat. Diese Haltung muss unbedingt beibehalten werden. Wir haben uns bereits mehrmals im Rat dazu geäussert, dass es neben einem Sparwillen auch wichtig ist, schon lange anstehende Infrastrukturprojekte, vor allem im Hochbau, nun endlich zu realisieren. Die CVP fordert insbesondere die sparfreudigen Fraktionen hier im Rat auf, eine durchaus kritische, aber positive Grundhaltung zu Infrastrukturprojekten einzunehmen und nicht aus Prinzip, Projekte zu verzögern oder zu versenken, nur, weil man vielleicht im Kleinen den einen oder anderen Punkt auch kritisieren könnte.

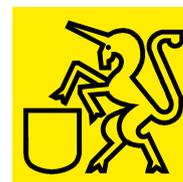
Wir sind der Meinung, dass es von grösster Bedeutung ist, die gute Ausgangslage zu nutzen, um Dübendorf für die Zukunft auszurichten. Nur so können wir auch weiterhin gute Steuereinnahmen erzielen und eine Infrastruktur für die Bedürfnisse der Bevölkerung erstellen.

Alexandra Freuler (SP)

Wir freuen uns sehr, dass die Stadt so einen guten Jahresabschluss verabschieden darf. Wir haben Glück gehabt – ja da ist schon etwas Glück dabei. Trotz Freude müssen wir feststellen, dass die Rechnung zeigt, welche Aufgaben und Pflichten nicht genügend wahrgenommen werden. Unser Vorbehalt gilt vor allen den fehlenden Investitionen, materiell wie auch gesellschaftlicher Art. Wie übrigens schon 2017 stehen viele Projekte an, die hätten starten können oder sollen. Die Liste ist lang und die Beträge ziemlich gross: Birchlen, Stägenbuck, Mehrzweckgebäude, Hallenbad, Tagesschule stehen noch an. Gemäss Finanzplan 17-21 sind Investitionsvorhaben von über 160 Millionen vorgesehen. Allein für die Schulen 47 Millionen. Das aber noch ohne ein zusätzliches Schulhaus Hochbord und mit dem "kleinen" Högler mit drei Stöcken.

Auch müssen wir hier ausdrücklich auf die Pflichten der Stadt gegenüber den weniger gut verdienenden Leuten hinweisen. Aus dem finanziellen Bericht sieht man, dass die Stadt wenig gesellschaftsrelevante Projekte unternimmt: Speziell für das Wohl von Familien und Kleinverdienenden fehlt es an Projekten. Viele Leute können sich keine Kinderkrippe oder Kinderhort leisten. Viele Leute, z.B. Junge, die in Dübendorf aufgewachsen sind, können sich keine Wohnung leisten. Es ist in der Gemeindeordnung festgelegt, dass die Stadt hier eine Pflicht zu erfüllen hat. Zu oft werden die Pflichten auf freiwillig Arbeitende oder kirchliche Organisationen abgeschoben, wenn wir z.B. an die Flüchtlingsbetreuung denken. Diesen sind wir sehr dankbar, aber die Stadt sollte sich mehr einbringen. Die beste Stadt ist nicht die billigste Stadt.

Wir möchten hier deshalb explizit vor Überschwänglichkeit warnen. Hoffentlich können wir den Überschuss gut brauchen, und die anstehenden Investitionen und gesellschaftsrelevanten Projekte



endlich tätigen, anstatt sie weiter in die Ferne zu rücken. Wir bitten die neuen Stadträtinnen und Stadträte, auch in diesem Sinn in der neuen Legislatur zu handeln.

Lukas Schanz (SVP)

Erfreut hat die SVP-Fraktion zur Kenntnis genommen, dass die Rechnung der Stadt Dübendorf trotz eines budgetierten Ausgabenüberschusses mit einem satten Plus abgeschlossen hat. Auch wenn man die Jahresrechnung genauer betrachtet, dann fallen einem sofort die ausserordentlichen Mehreinnahmen bei den ordentlichen Steuern, sowie bei den Grundstückgewinnsteuern auf. Dass solche ausserordentlichen Einnahmen schwierig zu budgetieren sind, können wir nachvollziehen. Da allerdings aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen guten Lage und den weiter steigenden Grundstück- und Immobilienpreisen weiterhin mit erhöhten Steuereinnahmen gerechnet werden darf, wird die SVP bei der Budgetierung des Jahres 2019 wiederum den Steuerfuss ganz genau betrachten und gegebenenfalls die Forderung für eine Senkung stellen.

Wir begrüssen sehr, dass die Stadt Dübendorf über ein solides Eigenkapital verfügt, allerdings muss die Jahresrechnung einer öffentlichen Hand ausgeglichen sein und sollte nicht regelmässig mit grossen Überschüssen abschliessen. Wenn dies der Fall ist, dürfen ruhig auch Korrekturen auf der Einnahmeseite gemacht werden. Wird dies nicht gemacht, weckt es Begehrlichkeiten und Forderungen und schafft Anreize, dass das Geld der Steuerzahler für Dinge ausgegeben wird, für welche die öffentliche Hand gar nicht zuständig ist.

Unerfreulich ist, dass nicht nur die Einnahmen gegenüber dem Budget gestiegen sind, sondern dass es auch auf der Ausgabenseite eine Steigerung gab. Dabei handelt es sich nur um Mehrausgaben in der Höhe von 1.2 Millionen. Die SVP-Fraktion wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass man das Kostenwachstum in Griff bekommt und wo möglich sogar Kosten reduziert werden können. Uns bereitet insbesondere Sorgen, dass die Sozialkosten immer weiter steigen. Vom Kanton werden je länger je mehr Aufgaben und Kosten delegiert. So kann der Kanton Kosten sparen, diese fallen jedoch bei den Gemeinden an. Wir fordern den Stadtrat auf, sich dagegen zu wehren und die Kostendelegationen nicht einfach so hinzunehmen. Erwähnen möchte ich stellvertretend dafür auch, dass die Kosten für die Flüchtlingswelle wir direkt tragen werden, nämlich über die Sozialkosten. Das wird eine Kostenexplosion zur Folge haben und diese beginnt nun langsam. Wir möchten noch einmal trotz Millionenüberschuss dazu aufrufen, sorgsam mit jedem Steuerfranken umzugehen und sich immer bewusst zu sein, dass jeder Dübendorfer und jede Dübendorferin hart für den Steuerfranken gearbeitet hat. Gerade weil es nicht eigenes Geld ist, muss man besonders verantwortungsbewusst damit umgehen. Dafür stehen wir ein. Es ist immer zu prüfen, ob die Kosten-, Nutzen-Rechnung stimmt und ob die öffentliche Hand wirklich dafür zuständig ist, diese Kosten zu tätigen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Eintreten, somit ist das Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Theo Johner (BDP)

Ich hätte einen Wunsch bezüglich Schlussabstimmung. Die ersten beiden Beschlusspunkte sind relativ klar. Beim dritten Punkt heisst es jeweils ganz kurz "Zinssatz für interne Verrechnungen" und dann stehen für Guthaben und Schuld zwei verschiedene Zinssätze. Das ist seit Jahren so, es ist mir jetzt einfach wieder aufgefallen. Es scheint sehr unlogisch, dass intern nicht mit den gleichen Zinssätzen verrechnet wird. Wenn man dem nachgeht, handelt es sich in Wirklichkeit nicht um echte interne Verrechnung, sondern von geschlossenen Finanzgebilden, z.B. der ARA gegenüber der Stadt. Ich möchte anregen, dass man hierzu das nächste Jahr eine andere Formulierung wählt, über die man nicht stolpert.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zur Jahresrechnung 2017.



Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 35:0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Die Jahresrechnung 2017 der Politischen Gemeinde Dübendorf wird genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 11'086'227.83 wird – gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich vom 10. Oktober 1984 – dem Eigenkapital hinzugefügt.
3. Zinssatz für interne Verrechnungen

Guthaben	0.00%
Schuld	2.65 %

7. **Geschäftsbericht 2017 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 250/2018**

Gemeindepräsident Sandro Bertoluzzo (FDP) erläutert den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. Nach der Stellungnahme der GRPK-Präsidentin und der allgemeinen Diskussion wird die Detailberatung durchgeführt. Wenn es zu den einzelnen Abschnitten keine Bemerkungen gibt, gelten diese als genehmigt. In der Schlussabstimmung entscheidet der Gemeinderat dann über die Genehmigung des Geschäftsberichtes.

Einwände zum erwähnten Vorgehen

Keine

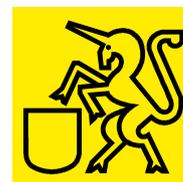
Stellungnahme GRPK-Präsidentin Dr. Andrea Kennel

Die GRPK stuft auch dieses Jahr den Geschäftsbericht als sehr informativ ein. Die GRPK studierte den Geschäftsbericht fundiert und stellte einen Fragekatalog mit unterschiedlichen Fragen zusammen. Es wurde erklärt, was sich baulich im Giessenhof tut und dass der Gestaltungsplan Giessen steht und der Ball nun beim privaten Eigentümer liegt. Bei der Umsetzung der Volksinitiative „Wohnen für alle“ gibt es aus Ressourcengründen Verzögerung.

Die Unterschiede von glow.das Glattal und Metropolitanregion wurde, erklärt. Es wurde klar, dass sich diese ergänzen und nicht konkurrenzieren. Bei der Energieplanung ist die Reduktion der CO₂-Emission ein zentrales Thema. Die ergänzende Zusammenarbeit von SIP und Polizei wurde erklärt.

Beim Themengebiet Ombudsmann hat die GRPK festgestellt, dass die Berichterstattung mit nur der Statistik doch sehr knapp gehalten ist. Der Stadtrat hat sich bereit erklärt, auf Anpassungswünsche der GRPK einzugehen. Da es in anderen Gemeinden möglich ist, mehr Informationen über die Arbeit des Ombudsmannes zu publizieren, ohne dabei den Datenschutz zu verletzen, wäre es zu begrüssen, wenn auch Dübendorf hier transparenter informieren würde. Nur Zahlen lassen zu viel negative Spekulationsmöglichkeiten offen.

Beim Lohnbenchmark wurde ein geschlechterspezifischer Unterschied festgestellt und entsprechende Massnahmen definiert. Bei der Energieberatung arbeitet die Stadt mit den Glattwerken zusammen.



Im Bereich Schule wurden unter anderem Fragen zum Versuch Kompetenzzentrum, Raumsituation Musikschule und Klassenscockpit gestellt.

Alle Fragen wurden informativ und mit Zusatzinformationen beantwortet. Die GRPK bedankt sich bei der Verwaltung und dem Stadtrat nicht nur für den übersichtlichen und informativen Geschäftsbericht, sondern vor allem für den grossen Einsatz für Dübendorf, der sich im Geschäftsbericht widerspiegelt. Dübendorf ist eine lebendige Stadt, die sich permanent entwickelt.

Die GRPK beantragt dem Gemeinderat somit die Genehmigung des Geschäftsberichts 2017 der Stadt Dübendorf.

Ich bitte den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Stadtrat / Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

Auch ich möchte mich den Worten des Finanzvorstandes anschliessen und der GRPK-Präsidentin Andrea Kennel für die sehr konstruktive Zusammenarbeit in den letzten Jahren herzlich danken. Dass der Geschäftsbericht so wohlwollend aufgenommen wird, ist eine überzeugende Aussage, dass wir mit der Berichterstattung auf dem richtigen Weg sind und dass wir auch das richtige Mass mit der umfangreichen Berichterstattung gefunden haben. Ich bedanke mich herzlich bei der GRPK für die wohlwollende Prüfung und den Austausch.

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Eintreten, somit ist das Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Kapitel 1 Gemeinderat

Andrea Kennel (parteilos)

Nicht als GRPK-Präsidentin, sondern als Gemeinderätin möchte ich zu den beiden Postulaten kurz etwas sagen. Das Postulat "Öko-Kompass" ist vom Juni 2011, also sieben Jahre alt. Es wird heute empfohlen, dies abzuschreiben, weil die Umsetzung bevorsteht. Ich gehe davon aus, dass dies so geschehen wird und möchte mich bedanken, dass dieses Geschäft nach sieben Jahren zur Umsetzung gelangt.

Das andere Postulat ist ein wenig neuer, dieses ist vom November 2015. Darin geht es um das Sammeln von Kunststoffabfällen. Ich bin fast stolz, es ist mir damit gelungen ein Postulat einzureichen, das ohne Gegenstimmen überwiesen wurde und trotz Antrag des Stadtrates auf Abschreibung hat der Gemeinderat ohne Gegenstimme für die Aufrechterhaltung gestimmt. Das Postulat wurde somit aufrechterhalten und ist immer noch hängig. Ich glaube, es wäre keine so grosse Sache, dies voranzutreiben und relativ bald umzusetzen. Das wäre meine Bitte an meiner letzten Sitzung an den Stadtrat, dieses Geschäft relativ schnell umzusetzen, damit es in einem Jahr oder vorher schon abgeschrieben werden kann.

Keine weiteren Wortmeldungen.



Kapitel 2 Stadtrat

Eveline Bucherer Romero (SP)

Unsere Fraktion wie auch ich möchten sich für die gut geleistete Arbeit der Mitarbeitenden in unserer Stadtverwaltung bedanken. Dazu gehört auch der Geschäftsbericht. Ein guter Service Public wird von allen Bürgerinnen und Bürgern geschätzt. Die Ombudsstelle der Stadt Dübendorf fördert die Bürgerrechte und Bürgeranliegen. Wichtig für die Bürgerinnen und Bürger ist, sich mit der Arbeit und Arbeitsweise der Ombudsstelle vertraut zu machen. Da wäre ein ausführlicher Jahresbericht der Ombudsstelle – und zwar nicht nur zu Händen des Stadtrates – sehr hilfreich.

Die Ombudsstelle der Stadt Zürich illustriert dies vorbildlich: Einerseits soll mit anonymisierten Fallbeispielen zusammen mit den thematischen Einführungen und grundsätzlichen Überlegungen im jeweiligen Fokus die Arbeit und Arbeitsweise der Ombudsstelle nachvollziehbar präsentiert werden.

Andererseits werden zu den einzelnen Sachfragen auch inhaltliche Impulse und Anregungen gegeben. Im diesjährigen Geschäftsbericht Dübendorf wurde dies verpasst: Leider wurde nur die Statistik abgebildet und somit sind lediglich die Zahlen bekannt. Prima oder sinnvoll wäre auch ein ausführlicher Bericht, um damit die konstruktive Arbeit der Dübendorfer Ombudsstelle zu illustrieren und deren engagierte Arbeit wert zu schätzen.

Aus den vorher erwähnten Gründen und im Hinblick auf eine gute Verwaltungsführung erwarten wir, dass ein Bericht der Ombudsstelle auch im Geschäftsbericht aufgeführt wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Kapitel 3 Geschäftsleitung

Keine Bemerkungen

Kapitel 4 Personaldienste

Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Informatikdienste

Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Finanz- und Controllingdienste; Liegenschaften

Keine Bemerkungen

Kapitel 7 Stadtplanung

Keine Bemerkungen

Kapitel 8 Einwohnerdienste

Keine Bemerkungen

Kapitel 9 Hochbau

Keine Bemerkungen

Kapitel 10 Steuern

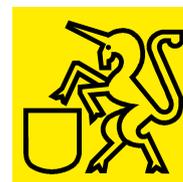
Keine Bemerkungen

Kapitel 11 Tiefbau

Keine Bemerkungen

Kapitel 12 Sicherheit

Keine Bemerkungen



Kapitel 13 Soziales

Keine Bemerkungen

Kapitel 14 Bildung

Keine Bemerkungen

Kapitel 15 Friedensrichter

Keine Bemerkungen

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 35 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Der Geschäftsbericht 2017 der Stadt Dübendorf wird genehmigt.
2. Gestützt auf Art. 49 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird das Postulat Andrea Kennel (parteilos), "Öko-Kompass für Dübendorf" (GR Geschäft Nr. 78/2011) abgeschrieben.

8. Bürgerrechtsgesuche

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

8.1. Iozzi Alessandra, italienische Staatsangehörige / Genehmigung GR Geschäft Nr. 221/2017

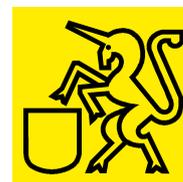
Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 33 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Iozzi
Vornamen	Alessandra
Geburtsjahr	1959
Staatsangehörigkeit	Italien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung an Stadtrat, zum Vollzug.



8.2. Egbon Eric, nigerianischer Staatsangehöriger / Genehmigung GR Geschäft Nr. 236/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Egbon
Vornamen	Eric
Geburtsjahr	1979
Staatsangehörigkeit	Nigeria

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung an Stadtrat, zum Vollzug.

8.3. Enes Ramazan sowie die Kinder Yusuf Baki und Eylül, türkische Staatsangehörige / Genehmigung GR Geschäft Nr. 237/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 30 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Enes
Vorname	Ramazan
Geburtsjahr	1982
Staatsangehörigkeit	Türkei

sowie die Kinder

Name	Enes
Vorname	Yusuf Baki
Geburtsjahr	2003
Staatsangehörigkeit	Türkei

und



Name Enes
Vorname Eylül
Geburtsjahr 2007
Staatsangehörigkeit Türkei

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

8.4. Thaqi Seb, kosovarischer Staatsangehöriger / Genehmigung GR Geschäft Nr. 238/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Thaqi
Vornamen Seb
Geburtsjahr 1969
Staatsangehörigkeit Kosovo

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung an Stadtrat, zum Vollzug.

8.5. Belourian Gelareh sowie das Kind Sedighi Hana, iranische Staatsangehörige / Genehmigung GR Geschäft Nr. 239/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 32 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Belourian
Vorname Gelareh
Geburtsjahr 1978
Staatsangehörigkeit Iran



sowie das Kind

Name	Sedighi
Vorname	Hana
Geburtsjahr	2007
Staatsangehörigkeit	Zürich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**8.6. Selch Johann und Pia, sowie die Kinder Anton und Frida, deutsche Staatsangehörige / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 241/2018**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 32 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Selch
Vorname	Pia
Geburtsjahr	1976
Staatsangehörigkeit	Deutschland

und ihr Ehemann

Name	Selch
Vorname	Johann
Geburtsjahr	1977
Staatsangehörigkeit	Deutschland

sowie die Kinder

Name	Selch
Vorname	Anton Johann
Geburtsjahr	2014
Staatsangehörigkeit	Deutschland

und

Name	Selch
Vorname	Frida Karolina



Geburtsjahr 2015
Staatsangehörigkeit Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

Rückblick des Gemeinderatspräsidenten Sandro Bertoluzzo (FDP) auf sein Amtsjahr 2017/2018

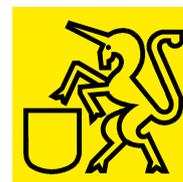
Wie schnell doch die Zeit vergeht. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte, liebe Dame und Herren Stadträte, liebes Publikum. Ich kann es kaum glauben, dass nun bald meine Amtszeit als Gemeinderatspräsident zu Ende geht. Erst gerade haben Sie, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, mich in dieses hohe Amt gewählt und schon sind wieder 14 Monate vergangen. Es ist für mich eine wunderbare, hochinteressante und sehr spannende Zeit gewesen, welche ich jedem, der diese Möglichkeit hat, nur empfehlen kann. Es war mir eine grosse Freude und Ehre, die Sitzungen und Geschäfte des Dübendorfer Gemeinderates in den vergangenen 14 Monaten leiten zu dürfen, an den Sitzungen der gemeinderätlichen Kommissionen – also der GRPK, der KRL und BRK – aber auch der Jugendkommission als Gast teilzunehmen und den Rat nach aussen zu vertreten. Ich konnte sehr viel Neues dazulernen, viele Kontakte knüpfen und interessante Personen kennenlernen.

In den vergangenen 14 Monaten durfte ich neun Sitzungen des Dübendorfer Gemeinderates leiten. Wenn ich auf die teils herausfordernden Debatten zurückschaue, kann ich sagen, dass – auch im Wahljahr – alles in geordneten Bahnen verlaufen ist, auch wenn man rückblickend in 1-2 Fällen über gewisse Äusserungen bzw. die Wortwahl hätte diskutieren können. Bei der politischen Agenda würde ich zwei Schwerpunktthemen hervorheben: 1. Flugplatz. Die beiden Gemeinderatssitzungen, die am längsten gedauert haben, sind diejenigen gewesen, bei welchen Geschäfte im Zusammenhang mit dem Flugplatz zu behandeln waren. In einer war gar das Fernsehen präsent. Gegen die Umzonung des Flugplatzrandes Nord wurde das Behördenreferendum ergriffen und auch über das Alternativkonzept der Gemeinden Dübendorf, Volketswil und Wangen-Brüttisellen durfte das Volk abstimmen.

2. Schwerpunktthema: Schulhäuser. An der ersten Sitzung, die ich von Anfang bis Ende leiten durfte, wurde der Baukredit für die Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Birchlen vom Gemeinderat abgelehnt. Im November wurde das Postulat „Vorgehen bezüglich Gesamtsanierung / Erweiterung Schulhaus Stägenbuck bezüglich Denkmalschutz“ im Rat behandelt. Am 24. Mai 2018 durfte ich an der Besichtigung des sanierten und erweiterten Schulhauses Wil teilnehmen, aus meiner Sicht ein sehr gelungenes Projekt. Und sowohl im März als auch heute ist die Erweiterung des Schulhauses Högler vom Rat behandelt und der Baukredit genehmigt worden. Diese beiden zentralen Themen – Flugplatz und Schulhäuser – werden uns sicherlich auch in naher und auch etwas weniger naher Zukunft intensiv beschäftigen.

Meine Besuche in den verschiedenen Kommissionen haben mir einen Einblick in die Arbeitsweise der Kommissionen – zumindest diejenigen, die ich bisher nicht gekannt habe – verschafft und haben mir einmal mehr bestätigt, wie sorgfältig und seriös die Geschäfte in den Kommissionen vorbereitet werden. Äusserst spannend war auch mein Besuch bei der Jugendkommission, ein Novum wie mir gesagt wurde, zu welcher auch Vertretungen der Schülerräte von Primar- und Sekundarschule eingeladen waren, und es war sehr interessant, die Berichte und Ideen dieser jungen Personen anzuhören.

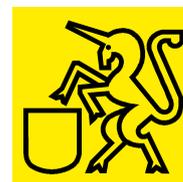
Unvergesslich sind die zahlreichen, vielseitigen und immer sehr spannenden Anlässe, zu denen ich eingeladen worden bin, seien diese militärischer, sportlicher, kultureller oder politischer Art gewesen.



Es war mir ein grosses Anliegen, möglichst allen Einladungen zu folgen. Dies ist für mich ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung. Ich habe auch gemerkt, dass die Bürgerinnen und Bürger dies sehr geschätzt und als Zeichen der Anerkennung empfunden haben. Am Ende meines Amtsjahres sind es jetzt fast 50 Anlässe, an denen ich habe dabei sein dürfen. Dabei habe ich immer sehr viel dazulernen können, und ich nehme von jedem einzelnen Anlass positive Eindrücke und schöne Erinnerungen mit. Militärische Beförderungsfeiern, das Mitfahren beim Gentlemen Grand Prix, das 50-Jahre-Jubiläum der Kunsteisbahn Dübendorf, die Vorstellung des neuen Heimatbuchs, die Konzerte der Jugend- und Stadtmusik, der Abschluss der 1. Bauetappe des Alters- und Spitexzentrums Dübendorf, die Mitgliederversammlung der Allgemeinen Offiziersgesellschaft Zürich, die Generalversammlung der Samichlaus-Gesellschaft Dübendorf und viele mehr. Es ist mir schlicht nicht möglich, sie hier alle aufzuzählen, aber ich habe mich über jede einzelne Einladung sehr gefreut. Es sind insbesondere diese persönlichen Begegnungen mit den Dübendorferinnen und Dübendorfern, die mir stets in wertvoller Erinnerung bleiben werden. Und ich habe mich natürlich sehr geehrt gefühlt, wenn ich das Wort an die Bevölkerung richten durfte, wie beispielsweise bei der Standartenübernahme der RS oder erst vergangenen Freitag an der Volljährigenfeier in Dübendorf. Für die Möglichkeit, die mir geboten wurde, an allen diesen Anlässen teilzunehmen, möchte ich mich bei allen Vereinen, Organisationen und Institutionen ganz herzlich bedanken. Eine grosse Freude bereitet hat mir auch der Besuch bei der Stadtverwaltung Dübendorf. Sämtliche Abteilungen im Innen- und Aussenbereich wurden mir während eines Tages vorgestellt und ich durfte als Gast auch kurz an der Führungssitzung der Abteilungsleiter teilnehmen. Besonders schön war für mich, an diesem Tag zahlreiche Mitarbeiter der Stadtverwaltung Dübendorf persönlich kennenzulernen. Ein besonderes Highlight war der Gemeinderatsausflug vom 15. September 2017, den ich organisieren durfte und der uns nach Uster geführt hat. Leider konnte man dem Zeitungsbericht über den Gemeinderatsausflug vor allem entnehmen, auf was die Dübendorfer und Ustermer gegenseitig angeblich eifersüchtig und neidisch sein sollen. So etwas war am Ausflug aber überhaupt nicht spürbar. Die Stimmung war geprägt von gegenseitigem Austausch, Interesse, Freude, Respekt und auch einer gewissen Verbundenheit. Dies haben mir auch sämtliche Rückmeldungen unserer Gemeinde- und Stadträte sowie der Ustermer Behördenvertreter gezeigt. Ein Gemeinderat hat diesen Ausflug aus meiner Sicht sehr treffend mit den Worten bezeichnet: „Zu Gast bei Freunden“. Und jetzt bleibt mir noch, ganz herzlich Danke zu sagen. Ein erster grosser Dank geht an mein Ratsbüro für die angenehme Zusammenarbeit und die Unterstützung sowie an das Ratssekretariat. Ich habe in meinem Amtsjahr ja mit drei verschiedenen Ratssekretären zusammenarbeiten dürfen: Beatrix Pelican, Gerhard Kalt und Edith Bohli. Alle drei haben hervorragende Arbeit geleistet. Ich habe mich bei der Vorbereitung und der Durchführung der Sitzung jederzeit auf ihre Unterstützung verlassen können. Diese Unterstützung macht einen geordneten Ratsbetrieb erst möglich. Gerade Gerry Kalt musste nach dem Ausscheiden von Beatrix Pelican innert sehr kurzer Zeit bereit sein und hat seine Aufgabe, wie die beiden Ratssekretärinnen auch, sehr gut gemeistert. Der Rückzug von Gerry Kalt wieder ins zweite Glied ging aufgrund ausfallender Ratssitzungen sehr still über die Bühne. Zu still! Lieber Gerry, du bist eingesprungen, als Not am Mann war. Ich möchte mich heute im Namen aller Gemeinderäte ganz herzlich für deinen Einsatz, oder Feuerwehreinsatz könnte man fast schon sagen, deine Unterstützung und die sehr angenehme Zusammenarbeit bedanken!

Ratspräsident Sandro Bertoluzzo (FDP) übergibt Gerry Kalt eine Flasche Wein mit einem Dübendorfer Zinnbecher sowie einem Gutschein des Restaurants Waldmannsburg.

Ein wichtiger Dank ist für mich auch derjenige an den Stadtpräsidenten Lothar Ziörjen. In den vergangenen 14 Monaten hast du mir immer wieder Fragen beantwortet, Rats schläge erteilt und mich so an deiner reichen Erfahrung teilhaben lassen. Besten Dank. Weiter danke ich auch dem Stadtrat und der Stadtverwaltung, hier insbesondere Martin Kunz und Simon Winistörför für die stets sehr angenehme Zusammenarbeit. Vielen Dank auch meiner Fraktion und meiner Partei, der FDP, für die Unterstützung. Und schliesslich danke ich Ihnen, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Sie haben mich zum höchsten Dübendorfer gewählt und mir dieses wunderschöne Amtsjahr ermöglicht. Ich habe Ihnen damals gesagt, dass ich den Gemeinderat als Ganzes repräsentieren und Ihnen und der Dübendorfer Bevölkerung ein würdiger Gemeinderatspräsident sein wolle. Es ist nicht an mir zu



beurteilen, ob ich dies eingehalten habe. Ich kann Ihnen aber versichern, dass ich bis zum jetzigen Moment, in welchem ich zu Ihnen spreche, alles daran gesetzt habe. Meine Vorgänger haben immer von der Rolle des Gemeinderatspräsidenten geschwärmt. Und das kann ich rückblickend nur bestätigen. Es ist für mich eine einmalige Erfahrung gewesen, Sie und die Dübendorfer Bevölkerung zu repräsentieren, eine wunderbare Zeit, wofür ich ausserordentlich dankbar bin. Das alles wäre ohne die tägliche Unterstützung durch meine Familie, die häufig auf mich hat verzichten müssen, nicht möglich gewesen. Darum gilt mein letzter, aber ganz besonderer und wohl grösster Dank meiner Frau Priska und unseren beiden Töchtern Lorena, die gestern Geburtstag hatte, und Simona, die heute Morgen voll aufgeregt in ihr erstes Schullager gefahren ist und darum heute nicht hier sein kann.

Jetzt wünsche ich allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die heute ihre letzte Sitzung in diesem Amt haben, einen guten Start in die Zeit nach dem Gemeinderat. Dem zukünftigen Gemeinderatspräsidenten wünsche ich viel Erfolg und ebenfalls viel Freude an diesem ehrenvollen Amt.

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, sehr geehrte Dame und Herren Stadträte, liebe Dübendorferinnen und Dübendorfer: Es war mir eine riesige Ehre! Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Verabschiedung durch Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

Lieber Sandro, an der Ratssitzung vom 8. Mai 2017 wurdest du mit dem Stimmenmaximum – 34 von 34 massgebenden Stimmen – zum Ratspräsidenten und damit zum höchsten Dübendorfer für das Amtsjahr 2017/2018 gewählt.

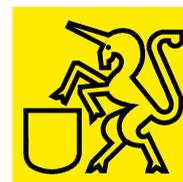
Nachdem der Kantonsrat im August 2017 verschiedene Änderungen im Gesetz über die politischen Rechte (GPR) beschlossen und damit neue Bestimmungen zum Amtsantritt bzw. zur Konstituierung der Gemeindebehörden festgelegt hat, wird für Versammlungsgemeinden neu ein Amtsantritt auf den 1. Juli vorgegeben. Da diese Neuerung für Parlamentsgemeinden nicht gilt, musste nun entschieden werden, wie man in Dübendorf damit umgeht und was hier gelten soll. Der Stadtrat hat am 26. Oktober 2017 beschlossen den Amtsantritt der Verwaltungsbehörden ebenfalls auf den 1. Juli festzulegen. Der Gemeinderat hat dann dieses Jahr an seiner März-Sitzung beschlossen den Amtsantritt des Gemeinderates nach demjenigen des Stadtrates zu richten.

Damit war dann besiegelt, dass du lieber Sandro, Geschichte schreiben wirst, denn erstmals (so meine ich) war ein Ratspräsident mehr als ein Jahr, nämlich 14 Monate, im Amt.

Eine besondere Aufgabe kam im vergangenen Amtsjahr auf dich zu, da das Gemeinderatssekretariat neu besetzt werden musste. Erfolgreich hast du zusammen mit deinen Büromitgliedern sowie mit Unterstützung der Verwaltung diese Aufgabe gemeistert und so wurde Edith Bohli als neue Gemeinderatssekretärin angestellt.

Du bist vor vier Jahren in den Rat gewählt worden – und bereits ein Jahr danach – Zitat: „schwuppdwupp bin ich 2. Vizepräsident gewesen“. So kam es, dass du bereits nach drei Jahren zum Gemeinderatspräsidenten aufgestiegen bist. Bei deiner Antrittsrede hast du, wie deine beiden Vorgänger bzw. Vorgängerin auch schon, dich als «Ur-Dübendorfer» bezeichnet. Obwohl du, wie du es selber sagtest, das streng genommen gar nicht bist. Da du aber mit deinen Eltern bereits mit 4 ½ Jahren von Winterthur nach Dübendorf gezogen bist, hast du praktisch dein ganzes Leben in Dübendorf verbracht, so dass du dich als „Ur-Dübendorfer“ fühlen kannst. Mit einer zünftigen Portion Respekt, so deine Aussage, und mit grosser Freude hast du das Amt des «höchsten Dübendorfer» vor einem Jahr angetreten.

Du hast dich in deiner Amtszeit auf die intensiveren Kontakte mit der Dübendorfer Bevölkerung sowie den Unternehmen und Vereinen gefreut. Dabei warst du auch bereit, um bei Jubiläen, Feiern, Turnieren oder Konzerten teilzunehmen und dabei den Gemeinderat zu vertreten. Zudem gaben dir viele Kontakte einen vertieften Einblick in die Vielfältigkeit und Breite der Politik und deren Verwaltung. Du hast es aber auch als deine Aufgabe angesehen, dich als Vermittler zwischen den Dübendorfer Bürgern, dem Gemeinderat und dem Stadtrat sowie der Verwaltung einzusetzen. Als Ratspräsident



und Repräsentant des Gemeinderats waren dir die Kontakte zur Bevölkerung wichtig und du warst bei den zahlreichen Anlässen ein gern gesehener Gast.

Als ehemaliger Fussballer war es dir eine Herzensangelegenheit einen Behördenfussballmatch für die Gemeinde- und Stadträte sowie Mitarbeitende der Stadtverwaltung durchführen zu können. Zahlreiche Zaungäste – Gemeinderäte, Angehörige, Gäste und der Stadtpräsident – erfreuten sich bei schönstem Wetter an den sportlichen Leistungen auf dem Fussballplatz. Nachdem dein Vorgänger einen Hockeymatch organisiert hatte, war dieser zweite sportliche Anlass mit anschliessendem Nachtessen im Restaurant „Wändli“ auf dem Fussballplatz Zelgli wiederum ein voller Erfolg und hat grossen Anklang gefunden. Wenn ich deinen Nachfolger ansehe, und weiss, dass er ein begeisterter Velofahrer ist, frage ich mich, was wohl auf den Dübendorfer Gemeinderat nächstes Jahr zukommt.

Am 15. September hast du deine Ratskolleginnen und Ratskollegen sowie die Stadträte und eine Delegation aus der Verwaltung nach Uster zu deinem Arbeitsort geführt, denn du hast zum Bezirkshauptort in Kürze eine Verbundenheit entwickelt, die dir auch Einsicht in gewisse Parallelen und Unterschiede zu unserer Stadt eröffneten. Diese Erkenntnisse wolltest du beim Gemeinderatsausflug mit deinen Gästen teilen. Ganz nach dem Motto „Wir schauen mal was andere machen“, wurde das erst kürzlich eröffnete „grösste Hallenbad der Schweiz“ besichtigt. Da man zudem in Uster überzeugt ist, dass man einiges vorzuzeigen hat, durfte natürlich eine Stadtführung nicht fehlen. Nach einem Apéro in der Zeughausbar traf man sich anschliessend beim Nachtessen im Restaurant Burg, wobei bei guter Stimmung das Gesehene ausgiebig diskutiert wurde.

Lieber Sandro, der Bezirkshauptort ist vielen Dübendorferinnen und Dübendorfern eher unbekannt und so war dieser Gemeinderatsausflug auch eine kleine Bildungsreise. Das war wirklich eine gute Idee. Ich möchte heute auch die Gelegenheit nutzen, um dir im Namen aller Teilnehmenden ganz herzlich zu danken.

Das Leben als Repräsentant für die Stadt Dübendorf ist eine ehrenvolle Aufgabe, aber auch mit viel Zeitaufwand verbunden. Du hast das sehr ernst genommen und die Stadt Dübendorf über ein Jahr lang kompetent und sympathisch vertreten. Für dich war es selbstverständlich, diese Zeit zur Verfügung zu stellen, aber auch deine Frau Priska und eure zwei Töchter haben dich dabei unterstützt. Deshalb danke ich dir und deiner Familie ganz herzlich dafür. Es wurde von allen sehr geschätzt.

Mit der heutigen Sitzung bist du das neunte und letzte Mal als höchster Dübendorfer auf dem „Bock“ und du kannst auf eine gute und erfolgreiche Amtszeit zurückblicken. Die Ratssitzungen hast du immer kompetent, ruhig und ohne Hektik geleitet. Ich bin überzeugt, dass dir die Ratskolleginnen und -kollegen dafür sehr dankbar sind. Heute beendest du das höchste politische Amt in Dübendorf und kehrst in den Rat zurück, um künftig bei den Geschäften wieder direkt mitreden zu können. Natürlich wirst du, wie es bei allen deinen Vorgängerinnen und Vorgängern war, auch etwas wehmütig zurückschauen. Das Präsidialjahr ist streng, aber auch schön. Es bleibt dir aber sicher in guter Erinnerung. Ich wünsche dir bei deiner künftigen politischen Arbeit viel Freude und Erfüllung und für deinen weiteren politischen Weg viel Erfolg.

Lieber Sandro, ich danke dir im Namen der Dübendorferinnen und Dübendorfer, deinen Ratskolleginnen und Ratskollegen und natürlich auch im Namen vom Stadtrat für dein Engagement für Dübendorf.

Stadtpräsident Lothar Ziörjen übergibt Sandro Bertoluzzo als Geschenk für sein Amtsjahr eine Schiefertafel mit dem eingravierten Wappen von Dübendorf und dem Schriftzug "Gemeinderatspräsident Sandro Bertoluzzo Amtsjahr 2017/2018" und einer grossen Weinflasche ebenfalls mit dem Dübendorfer Wappen und dem Hinweis auf sein Amtsjahr sowie einen Blumenstrauss.



Verabschiedung des Stadtpräsidenten Lothar Ziörjen (BDP)

Mit einer kleinen Einlage betritt der kostümierte Geschäftsleiter Simon Winistörfer den Saal und übergibt dem Gemeinderatspräsidenten als Datenkurier der Firma Google einen Stick. Auf dem Stick ist ein Video zur Verabschiedung des Stadtpräsidenten Lothar Ziörjen enthalten.

Auf dem zwölfminütigen Video wird anhand zahlreicher Fotos auf das facettenreiche politische Schaffen von Lothar Ziörjen zurückgeblickt. Enthalten sind u.a. Fotos aus seiner Zeit als Stadtrat, Stadtpräsident, Kantonsrat sowie Nationalrat. Dokumentiert sind Momente aus Gemeinderats- oder Kommissionssitzungen, von Ortsbegehungen aber auch sein vielfältiges Mitwirken an gesellschaftlichen und kulturellen Anlässen. In verschiedenen Videosequenzen danken ihm Alt-Stadträtin Edith Jöhr, der Leiter der Obere Mühle Rolf Hiltbrand und Gemeinderat Hans-Felix Trachsler für sein grosses Engagement und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft. In kurzen Videoausschnitten werden auch Rückblicke und Grussbotschaften von seinen beiden Söhnen Marc und Ralf, sowie seiner Frau Maja gezeigt, die sich auf die kommende Zeit mit dem "Alt-Stadtpräsidenten" von Dübendorf freuen.

Stadtrat André Ingold (SVP). designierter Nachfolger als Stadtpräsident

Seit 1994 warst du aktiv im Dübendorfer Stadtrat – 24 Jahre, eine lange Zeit. Die letzten 12 Jahre durften wir dich als Stadtpräsidenten erleben. Du hast viel für Dübendorf gearbeitet und gerackert, du hast Brücken gebaut und dafür gesorgt, dass Dübendorf jederzeit möglichst gut dasteht. Wenn du von etwas überzeugt warst, dann hast du dies auch mit grosser Überzeugung vertreten. Du hast Dübendorf in den vergangenen Jahren mitgeprägt und mitgetragen. Auch für die Dübendorfer Vereine hast du dich in allen Belangen eingesetzt. Ich möchte hier nur einige Aktivitäten im Bereich Kultur aufzählen: Du hast dich über all die Jahre für das Kulturatelier in Dübendorf eingesetzt. Als der Ruf der Vereine nach mehr Raum kam, hast du den Echoraum gegründet und das Reservationssystem für Vereine eingeführt. Du warst von Amtes wegen im Stiftungsrat der Oberen Mühle tätig und hast den Stadtrat vertreten. Auch dabei hast du dich stets für die Kultur und deren Berechtigung eingesetzt. Du hast den Wettbewerb für den Neubau des Mehrzweckgebäudes Obere Mühle vorangetrieben und den Projektierungskredit gegenüber dem Gemeinderat und den Stimmberechtigten zugunsten der Dübendorfer Vereine vertreten. Heute übrigens hatten wir die erste Baukommissionssitzung. Dann ist sicher auch der von dir ins Leben gerufene Dübi Award zu erwähnen, der von 2012-2014 in seiner Form durchgeführt wurde. Leider hat der Gemeinderat die damalige Form nicht gewürdigt und den Stadtrat entsprechend aufgefordert ein neues Konzept zu erarbeiten. Nicht zu vergessen sind auch die unzähligen Besuche an kulturellen Veranstaltungen, seien dies Konzerte, Besuche von Vernissagen oder andere Vereinsanlässe gewesen. Kurzum: Du hast deine Arbeit, deine Präsenz und dein Privatleben nach der Stadt Dübendorf ausgerichtet. Du warst omnipräsent. Der Stadtrat von Dübendorf hat in einem Zirkulargeschäft beschlossen deine Arbeit entsprechend zu würdigen, indem wir dir heute die Kulturmedaille der Stadt Dübendorf übergeben möchten. Um zu zeigen, dass diese Medaille nicht jeder bekommt, möchte ich kurz verlesen, wer bisher Träger der Kulturmedaille ist:

1982 Trio Eugster

1984 Halter Theo, Dirigent Frauenchor

1985 Fürst Heinz, Harmonikalehrer und Dirigent

1985 Lackner Ferdinand, Organist und Musikdirigent

1986 Ingold Peter, Präsident und Dirigent der Jugendmusik Dübendorf

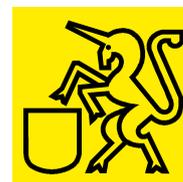
1987 Ruedi Walter, Schauspieler

2003 Willi Werner, Dirigent Stadtmusik

2006 Heinz Jauch, Alt-Stadtpräsident

2017 Trudi Trachsler, Heimatbuchkommission

und die 10. Kulturmedaille geht jetzt also an dich. Lieber Lothar, wir wünschen dir für die Zukunft alles Gute und viel Freizeit. Wir danken dir für dein Engagement für Dübendorf, für seine Bewohnerinnen



und Bewohner und insbesondere auch für dein Engagement gegenüber den Dübendorfer Vereinen. Wir danken dir und herzliche Gratulation!

Lothar Ziörjen (BDP), Stadtpräsident

Lieber André, als mein Nachfolger hast du dich hier ins Zeug gelegt und mir nach den 24 Jahren Ehre zukommen zu lassen. Als ich vorher beim Video von Martin Kunz hörte, "du musst dich umdrehen", dachte ich schon, dass etwas Spezielles kommen wird, nach dem Erscheinen des verkleideten Simon Winistörfer. Ich bin sehr berührt, ab all dem Aufwand, der betrieben wurde für meine Verabschiedung. Aber dabei wäre doch heute Sandro Bertoluzzo's Abend gewesen. Ich möchte die Gelegenheit jetzt nutzen, sonst hätte ich es bei der Konstituierung gemacht, mich ganz herzlich zu bedanken bei allen, die hier sind und allen, mit jenen ich in den letzten 24 Jahren zusammenarbeiten durfte. Ich fand es immer einen hervorragenden Rat und fand den Zugang immer super und konnte eine gute Beziehung zu allen Ratsmitgliedern pflegen. Ich wünsche Ihnen allen, dass sie weiterhin so Politik machen, manchmal kritisch sind, dass sie manchmal auf den Tisch hauen, aber dann auch wieder gemeinsam "eis go zieh gönd", so wie wir es gewohnt sind. Danke, danke, danke für all das, was ihr heute Abend für mich gemacht habt. Dir André wünsche ich alles Gute.

Lachend fragt er André Ingold, wie viele Jahre er Stadtpräsident sein wolle. Worauf dieser lachend antwortet: 12.

Gemeinderatspräsident Sandro Bertoluzzo (FDP) schliesst die Sitzung mit den formell-rechtlichen Feststellungen.

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Sandro Bertoluzzo (FDP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechts-sachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schluss der Sitzung: 21:40 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Sandro Bertoluzzo
Gemeinderatspräsident

Bruno Eggenberger
Stimmenzähler

Angelika Murer Mikolasek
Stimmenzählerin

Flavia Sutter
Stimmenzählerin